LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

L A N D E S R A T
des
SAARGEBIETES.

II. Wahlperiode / 39.Sitzung.
1. Sitzungsperiode 1928.

Stenographischer Bericht

über die am Samstag,den 3.März 1928 im Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Saarbrücken stattgefundene Sitzung des Landesrates.

Vorsitzender Scheuer: Meine Herren! Ich eröffne hiermit die Sitzung (9 Uhr 50 Minuten).

Die Regierungskommission ist vertreten durch

Herrn Oberregierungsrat Dr. H e i m, als Staatskommissar.

Von den Mitgliedern fehlen entschuldigt die Herren:

Albert (DWP)-Altheim; Wilhelm (Z)-Wehrden; Dr. Max von Vopelius (DSV)-Sulzbach; Karius (Z)-Saarbrücken; Kratz (Z)-Neunkirchen; Schneider(SP)-Saarbrücken; Sticher (KP)-Ottweiler.

Die

T a g e s o r d n u n g

liegt Ihnen vor. Sie umfaßt folgende Punkte:

Begutachtung der Verordnungsentwürfe betr.:

1) Organisation des Arbeitsnachweiswesens im Saargebiet;

2) Vorläufige Regelung der Elektrizitätswirtschaft im Saargebiet;

3) Regelung der Ferngasversorgung;

4) Abänderung der Umsatzsteuerverordnung vom 8.Dezember 1923, 16.April 1925,28.April 1926 27.Juli 1926, 22.April 1927,14.September 1927.

5) Abänderung des § 4 der Kreisordnung.

Bevor

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich an das schwere Grubenunglück erinnern, das dieser Tage in Westfalen eine Reihe Bergleute betroffen hat. Ich darf zum Ausdruck bringen, daß das Mitgefühl, welches das Unglück im ganzen Saargebiet ausgelöst hat, vom ganzen Landesrate geteilt wird und darf mich für ermächstigt halten, den schwerbetroffenen Familien das Beileid des Hauses zum Ausdruck zu bringen.
Sie haben sich zum Zeichen der Trauer von Ihren Sitzen erhoben. Ich danke Ihnen!

Das Wort hat Herr Abg. Reinhard!

Abg. Reinhard(KP): Ich ersuche, wenn ein Beileidstelegramm abgesandt wird, dies an den Betriebsrat der Grube zu richten.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kiefer !

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

Abg. Kiefer !

Abg. Kiefer (Z): Meine Herren! Wir haben soeben durch die Worte des Vorsitzenden gehört, daß der Bergmannsberuf wiederum von einem schweren Schicksalsschlag betroffen wurde. Einige Tage vorher wurden im Rheinischen Braunkohlengebiet 8 brave Bergleute durch eine Kohlenstaubexplosion dahingerafft. Diese beiden erschütternden Vorgänge beweisen uns, daß gerade der Bergmannsberuf den größten Gefahren ausgesetzt ist. Die Vorgänge im engeren Heimatlande beweisen uns, daß kein Beruf mit so viel Gefahren für das Leben und die Existenz verbunden ist, wie der des Bergmanns. Nunmehr gestaltet sich die Lage des Saarbergarbeiters besonders schwierig weil zu den Lebensgefahren, noch die Gefahren der wirtschaftlichen Existenzunsicherheit hinzugekommen sind.

Es ist unsere Pflicht, heute zu den Vorgängen im Saarbergbau zu der durch die Arbeiter-Entlassungen geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Bevor ich dazu übergehe, möchte ich Ihnen eine Erinnerung wachrufen.

Im Jahre 1920 und zwar am 18. Januar, als der Übergang der Saargruben in den Besitz des französischen Staates eben vollzogen war, hat der Generaldirektor Defline, der als oberster Beamter der Verwaltung der Saargruben vorgesetzt wurde, es für notwendig gefunden, vor die Saarbevölkerung und vor die Belegschaft der Saargruben mit einer besonderen Erklärung zu treten. In dieser Erklärung heißt es:

> " Der französische Staat, welcher die Gruben zum Ersatz für die Zerstörung der Kohlengruben in Nordfrankreich erhält, will nicht nur für den französischen Verbrauch die Kohle beschaffen, welche ihm in so erheblichem Masse mangelt, sondern er will auch bei der Durchführung dieser Aufgabe sich als liberal und billig denkender Arbeitgeber gegenüber seinem Personal bewähren, das bei ihm beschäftigt wird. "

Soweit die Arbeiter infrage kommen, führt Defline aus:

> " Den Arbeitern gegenüber wird der französische Staat seine Überlieferung von Freiheit und Gerechtigkeit zur Geltung bringen.
> Nur der Arbeitseifer und die Achtung der zur Ordnung und zur Sicherheit der Gruben notwendigen Disziplin, nur die allgemeine Eintracht ermöglichen die Steigerung der Produktion und damit die Erhöhung der Löhne, die Verminderung der Preise der Lebenshaltung und die Entwicklung des allgemeinen Wohlstandes. Der Saarbergmann wird seiner Vergangenheit und seinem Ruf als mutiger und eifriger Arbeiter treu bleiben. Die französische Verwaltung ist gesonnen, ihm die Möglichkeit zu geben, seine trefflichen Eigenschaften zu entwickeln. "

Meine

LR Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

Meine Herren! Wenn wir diese Erklärung in eine Parallele setzen und in ein Verhältnis bringen zu dem, was heute zu verzeichnen ist und vor sich geht, dann müssen wir feststellen, daß der Saar-Bergarbeiter seinen trefflichen Eigenschaften und seinem alten Rufe als treuer und fleißiger Arbeiter Ehre eingelegt hat bis auf den heutigen Tag. Daß aber das, was der Generaldirektor Defline als die Aufgabe der Grubenverwaltung bezeichnet hat, nicht eingetreten und nicht zu verzeichnen ist. Wir haben keine Entwicklung zu verzeichnen zum allgemeinen Wohlstand, es ist keine Erhöhung der Kaufkraft der Löhne zu verzeichnen und es ist auch nicht so gekommen, daß man sich hier im Saargebiet des besonderen Wohlwollens der französischen Bergwerksverwaltung zu erfreuen hätte.

(Zurufe: Sehr richtig !)

Was inzwischen geschehen ist, ist derartig tief einschneidend für den Bergmannsstand, daß man es nur mit scharfen Worten verurteilen kann. Worauf begründet sich das alles ? Im ersten Monat der Besitzübernahme der Gruben waren 62 778 Arbeiter im Saarbergbau beschäftigt, einschließlich der Privatgruben Hostenbach und Frankenholz und der dem bayrischen Staat vorher gehörenden Gruben. Diese Belegschaftszahl wurde unter französischer Herrschaftszeit stark vermehrt und hatte im Januar 1927 die Zahl von 74 018 erreicht. Die französische Grubenverwaltung, die in ihrer Erklärung bei der Besitzübernahme der Gruben gesagt hatte, daß sie sich für den notwendigen Absatz der Kohlen verwenden würde und daß die Saargruben als Ersatz für die zerstörten Gruben in Nordfrankreich in den Besitz des französischen Staates übergingen, hat nicht dafür gesorgt, daß die Saarkohlen restlos abgesetzt werden konnten. Die Folgen werde ich kurz darlegen.

Sofort nach der Besitzübernahme gaben die Franzosen die deutschen Absatzgebiete auf. In der Kohlennotzeit fanden sie für die aufgegebenen deutschen Absatzgebiete Ersatz. Das änderte sich, als die Kohlennot beseitigt war. Durch die falsch eingestellte Absatzpolitik erlitt die französische Grubenverwaltung große Absatzverluste. Als einzige Lösung betrachtete sie den Belegschaftsabbau. Sie ging auch dazu über, die Belegschaft zu verringern. So verringerte sie die Belegschaft im Jahre 1927 um 6 673 Personen. Seit Anfang Januar 1928 bis Ende Februar ds.Js. wurde diese Zahl durch Einzelentlassungen gesteigert und Ende Februar wurde eine Massen-Entlassung von insgesamt 3 796 Personen auf einen Schlag vorgenommen. In den letzten 14 Monaten hat also die französische Grubenverwaltung die Belegschaft um rund 11 000 Mann verringert, sodaß die Belegschaftszahl heute ungefähr auf den Stand von Januar 1920 zurückgeführt ist. Welche Folgen diese Entlassungen für die wirtschaftliche Lage des Saargebietes haben, kann nur der ermessen, der die eigentümliche Lage des Saargebietes als Grenzland zu

würdigen

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

64

würdigen weiß. Das Saargebiet wurde auch wirtschaftlich von Deutschland abgetrennt und hatte von Frankreich, in dessen Wirtschaftsgebiet es eingegliedert wurde, keine Besserung seiner Lage zu erwarten. Wir haben hier im Saargebiet eine ortsansässige, eine ortsgebundene Bergarbeiterschaft. Eine Arbeiterschaft, die von jeher bestrebt war, eine eigene Scholle unter den Füßen zu haben. Wenn eine solche Arbeiterschaft von derartigen Maßnahmen betroffen wird, so ist sie von den schlimmsten Wirkungen, da die übrige Industrie des Saargebietes auch nicht die Möglichkeit besitzt, die entlassenen Bergleute, so wie es notwendig wäre, in Erwerb und in Brot zu nehmen.

Darum muß gesagt werden, daß die Entlassungsmaßnahme der französischen Grubenverwaltung in striktestem Widerspruch steht zu dem, was der Generaldirektor Defline bei der Besitzübernahme der Gruben in die Welt hineinsetzte, und daß die Grubenverwaltung auch den eigenen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist, die sie mit der Besitzübernahme der Gruben auf sich genommen hat.

Die Maßnahme an sich erfolgte in der denkbar schroffsten Form. Ohne irgend eine Benachrichtigung hat man den ausgesuchten Opfern die Entlassungspapiere einfach in die Hand gedrückt, ohne vorherige Kündigung, und als Pflaster hat man ihnen dann die Kontraktbruchstrafe, die in diesem Falle die Grubenverwaltung zahlen mußte, ausgehändigt. Man hat gar nicht untersucht, wie die Verhältnisse des Einzelnen gelagert sind. Man ist dazu übergegangen, um nur einige Beispiele zu nennen, außerhalb des Saargebietes wohnende Leute herauszugreifen, die bis 11 Kinder haben. Aus einer Familie mit 11 Kindern hat man den Vater und 2 Söhne entlassen, die ältesten Söhne, die neben dem Vater auf der Grube gearbeitet haben. Aus Schallodenbach in der Pfalz sind sämtliche Bergarbeiter entlassen worden. Aus kleinen Hochwaldbergmannsdörfern wie Steinberg, Lockweiler usw. ist fast die Hälfte der Bergarbeiter entlassen worden. Wenn der Mann eine Kuh im Stalle stehen hat und 5 Morgen Land besitzt, wo die Frau die Woche über , weil der Mann nur Sonntags nach Hause kam, sich schwer darauf abrackert, hat das genügt, um ihn zu entlassen, einerlei, ob er 25 oder 30 Jahre den Gruben des Saargebietes seine Dienste zur Verfügung gestellt hatte. Andere Fälle im Innern des Saargebietes liegen ebenfalls so kraß. Ein Fall aus Quierschied. Der Mann hat neun lebende Kinder. Sein ältestes Töchterchen besitzt ein Milchgeschäft, das vielleicht 100 bis 120 Franken im Monat abwirft. Dafür ist er entlassen worden. Alle die Bilder zu zeichnen, die sich bei der Entlassung und nach der Entlassung abgespielt haben, würde zu weit führen. Aber sie waren so erschütternd, daß sie auch den abgebrühtesten Menschen zu tiefst treffen mußten und uns allen die Verpflichtung auferlegen müssen, mit allen Mitteln, die uns auf diesem Gebiet zur Verfügung stehen, dahingehend zu arbeiten, daß die

<u>Existenzunsicherheit</u>,

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Existenzunsicherheit,die hier auf dem größten Teil unserer Bevölkerung lastet,beseitigt wird. Es gibt nichts schlimmeres für einen Menschen,als sich ständig von der Unsicherheit seiner Existenz bedroht zu fühlen. Stellen wir uns das vor: die Entlassungsmaßnahme ist schon seit Wochen und Monaten angekündigt. Jeder Bergmann geht auf die Grube mit dem Gefühl :trifft es nun mich. Wie das den Menschen zermürben muß, der keine Aussicht sieht, eine andere Arbeit zu finden ! Er kommt eines Morgens auf die Grube, und dann hängt an seiner Lampe ein Zettel, auf dem geschrieben steht, daß er aufs Büro kommen muß. Dort bekommt er kurzerhand und kalt die Entalssungspapiere ausgehändigt. Nun steht er auf der Straße und findet fast nicht den Mut, zu seiner Familie zurückzukehren.

In solcher Situation ist es unsere Pflicht, nach Hilfe Umschau zu halten. Da wendet sich der Blick natürlicherweise auf unser Vaterland,zu dem wir ja gehören, von dem wir, das muß immer wieder betont werden,gegen alles Recht und gegen alle Moral und ohne daß wir befragt wurden,abgetrennt wurden. Wir wissen, daß unter den schweren Lasten des Vertrages von Versailles und des Dawesplanes unser Volk selbst schwer zu leiden hat. Aber wem hier im Saargebiet unser Volk besondere Folgen des Krieges und des Versailler Vertrages auskosten muß,wenn dieses Volk ortsgebunden,heimatgebunden ist, wenn es nicht auswandern kann und die Freizügigkeit nicht so besteht wie anderswo, dann sind wir eben verpflichtet, ein besonderes Opfer von unserem Vaterland zu verlangen, damit hier die Existenzunsicherheit weicht,damit die deutschen Arbeiter und die deutschen Menschen in diesem zu Unrecht abgetrennten Gebiete wieder Erwerb und Brot finden.

(Bravo !)

Und so haben wir uns schon vor Wochen an unser Vaterland gewandt, um eine Vermehrung des Absatzes von Saarkohle nach dem Reiche zu erreichen. Und fast alle Parteien,das sei gesagt, sind ja erfreulicherweise dem Schritte der Bergarbeiterorganisationen beigetreten und haben sich auch ihrerseits bemüht, um bei unserem Vaterlande das notwendige Entgegenkommen zu schaffen. Aber bevor nun diese Hilfsmaßnahme abgeschlossen war,bevor man feststellen konnte,welches Ergebnis die vereinten Bemühungen haben werden, ging die Bergwerksdirektion schon dazu über und nahm die neue Massenentlassung vor. Nun befinden sich wiederum die Vertreter der Bergarbeiterorganisationen in Berlin, um an den zuständigen Stellen zu verhandeln zwecks Vermehrung des Kohlenabsatzes nach dem Reiche. Und die großen Parteien haben sich wiederum hinter die notwendigen Forderungen der Bergleute gestellt,wofür ich ihnen hier als Bergmann den wärmsten Dank der Bergleute ausspreche; auch Dank ausspreche, den Stellen,wie

beispielsweise

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

beispielsweise dem hochwürdigen Bischof von Trier, den Parteien des Reichstages usw., die sich so warm der Interessen des größten Teiles der Arbeiterschaft des Saargebietes angenommen haben.

(Bravo ! im Zentrum !)

Es dürfte vielleicht gut sein, wenn wir heute im Landesrat einmütig unseren Willen dahingehend zum Ausdruck bringen, daß das Reich doch helfen möge, damit unsere schwer bedrängte Bergarbeiterschaft aus der schlimmen Situation herauskommt, in die sie ohne ihren Willen und ohne ihr Verschulden hineingeraten ist. Wir wissen es, und es muß der Objektivität halber festgestellt werden,daß es unserem Vaterland nicht leicht gemacht ist, um uns von heute auf morgen zu helfen. Wir wissen es,unter welchen schwierigen Verhältnissen der deutsche Bergbau zu leiden hat. Der Ruhrbergbau mußte in einem Zeitraum von 2 Jahren seine Belegschaft erheblich kürzen, um der Konkurrenz der englischen Kohle gewachsen zu sein.

(Lachen der Kommunisten)

Der Bergbau in Niederschlesien und Oberschlesien leidet große Not, infolge der scharfen Konkurrenz, die von polnischer Seite her erfolgt. So haben wir die Tatsache zu verzeichnen, daß auch in unserem deutschen Vaterland der Bergbau mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, um seine Bergarbeiterschaft beschäftigen zu können.

Wenn wir nun von diesem Volk und Vaterland verlangen, die sehr schwer unter den Dawes-lasten und den Lasten des Versailler Vertrages leiden,die schuldeten uns Entgegenkommen,dann verlangen wir nur, daß sie freiwillig noch Opfer für uns auf sich nehmen. Wir sind gewiß, daß Volk und Vaterland bereit sein werden, alles zu tun, um uns aus dieser Situation herauszuhelfen. Es geht hier ja nicht nur um den Saarbergmann, es geht um die ganze saarländische Bevölkerung. Es ist ja doch so, daß die Lage des Bergarbeiters sich nicht nur im Kreise seiner Familie auswirkt, sondern in der ganzen Wirtschaft. Das ist alles eine Folge der Abschnürung des Saargebietes vom deutschen Wirtschaftsgebiet. Doch nicht nur der Bergbau leidet darunter, wir haben dieser Tage gelesen, daß das Homburger Eisenwerk, das früher 2 300 Arbeiter beschäftigte, heute nur mehr 1000 beschäftigt,und daß diese tausend Arbeiter noch ein bis zwei Feierschichten in der Woche wegen Arbeitsmangel haben. Ähnlich ist es in sonstigen Industriezweigen Homburgs und des Saargebietes. Erinnert sei nur an das Werk Ehrhardt und Sehmer. Die Ursachen sind zu suchen in der Abschnürung des Saargebietes von unserem Vaterland. Die französischen Märkte sind nicht aufnahmefähig, weil die französische Industrie eine starke Vermehrung durch den Anfall der elsaß-lothringischen Werke erfahren hat. Die Fertig-und Halbfabrikate, die

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

die im Saargebiete hergestellt werden, hatten zum größten Teil ihre Absatzgebiete in Deutschland, deren völlige Erhaltung jedoch durch die Abschnürung nicht möglich war. Daß diese traurigen Tatsachen für Arbeiterschaft und Volk im Saargebiet sich schädlich auswirken, ist selbstverständlich.

Aber auch nach einer anderen Seite hin wirken diese tief in das Familien-und Volksleben einschneidenden Maßnahmen sehr schädlich. Wenn wir nur den Saarknappschaftsverein herausgreifen, so können wir feststellen, daß die Zahl der Beitragszahler stark gesunken (11 000), die Zahl der Rentenempfänger jedoch um rund 6 000 gestiegen ist. Das bedeutet, daß die Einnahmen erschreckend zurück und die Ausgaben erheblich in die Höhe gehen. Da im Knappschaftsgesetz eine Beitragshöchstleistung festgelegt und gesetzlich verankert ist, kann die Beitragsgestaltung nicht ohne weiteres den finanziellen Erfordernissen angepaßt werden. Dadurch ist die Tatsache zu verzeichnen, daß dem Saarknappschaftsverein bei Aufrechterhaltung der bisherigen Leistungen ein großes Defizit entsteht. Schon für das vergangene Jahr ist ein solches zu verzeichnen und für das laufende Jahr hat man ein Defizit von 17 - 18 Millionen Franken errechnet. Daß das untragbar ist, bedarf keiner näheren Begründung. Um aus diesen unglücklichen Zuständen herauszukommen, müßte das Gesetz dahingehend revidiert werden, indem es die Mindestleistungen festlegt. Das hat aber zur Folge, daß die Bergarbeiterschaft gegenüber der übrigen Arbeiterschaft zu viel belastet wird, und der Lohn der Bergarbeiter, der so schon viel zu gering ist, noch mehr herabgedrückt wird.

Meine Herren! Ich glaube, Ihnen durch diese kurze Tatsachenschilderung den Beweis erbracht zu haben, daß es an der Saar um unsere Arbeiter, um unsere Bergarbeiterschaft, um unser ganzes Volk sehr schlecht bestellt ist. Es ist notwendig, daß man das bei jeder Gelegenheit immer wieder betont. Wir müssen also folgende Feststellung machen: Hat der französische Staat in Versailles die Saargruben als Ersatz für den Förderausfall der durch den Krieg zerstörten Gruben in Nordfrankreich bekommen und haben wir heute die Tatsache zu verzeichnen, daß die Gruben Nordfrankreichs die Friedensförderung schon längst überschritten haben, sodaß Frankreich die Saarkohle nicht mehr aufnehmen kann, dann ist der Grund, warum die Saargruben Frankreich überlassen worden sind und das Saargebiet der Staatshoheit des deutschen Vaterlandes entzogen wurde, längst in Wegfall gekommen.

(Sehr richtig !)

Es ist an der Zeit, das Saargebiet nebst den Saargruben dem Deutschen Reiche zurückzugeben, zu dem es gehört. Wir wissen, daß, wenn wir zum Vaterland

<u>zurückkommen</u>,

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4 I

68

zurückkommen, unsere Sorgen noch nicht beseitigt sind. Es gilt auch dann noch, zu ringen und zu kämpfen. Aber dann werden wir unsere Interessen innerhalb des eigenen Volkes vertreten können und sind wir nicht mehr fremden Gewalten unterstellt. Ich glaube, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, daß man an die radikale Lösung dieser Frage herantritt.

Zum Schluß habe ich im Auftrage meiner Fraktion der Regierungskommission folgende

FORDERUNGEN

zu unterbreiten:

1) Die Regierungskommission wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß weitere Entlassungen im Saarbergbau unterbleiben. Der Besitzübergang der Saargruben an Frankreich hat dem neuen Besitzer auch strenge Verpflichtungen betr. der Bergarbeiterschaft auferlegt. Die Bergarbeiterschaft darf nicht weiterhin der Existenzunsicherheit ausgesetzt bleiben. Die Regierungskommission hat die Aufgabe, die Existenz der Bergleute weitestgehend zu schützen.

2) Die Vorlage eines Entwurfes betr. Arbeitslosenversicherung muß schnellstens erfolgen. Wie die Abteilung Sozialversicherung kürzlich bei einer Besprechung bekannt gab, soll der Entwurf fertiggestellt sein. Wir bitten den Herrn Staatskommissar um Auskunft, bis wann die Vorlage erfolgt. Bis zur Inkraftsetzung der Arbeitslosenversicherung ist eine ausreichende Erhöhung der Unterstützungssätze der Erwerbslosenfürsorge dringend notwendig. Diesbezügliche Forderungen meiner Partei liegen längst vor. Wir bitten den Herrn Staatskommissar auch darüber um Auskunft, ob und wann die notwendige Erhöhung dieser Unterstützungssätze erfolgt. Im Zusammenhang damit fordern wir, daß die Unterstützungssätze aus der Erwerbslosenfürsorge vom ersten Entlassungstage ab gezahlt werden und keine Karrenzzeit in Anwendung kommt. Es darf auch nicht die Kontraktbruchstrafe in Anrechnung kommen, die die Bergwerksverwaltung zahlte, weil sie die Entlassungen ohne vorherige Kündigung vornahm. Weiter ist zu fordern, daß die Regierungskommission aus Landesmitteln den leistungsschwachen Gemeinden Zuschüsse zur Gewährung der Unterstützungssätze aus der Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung stellt. Die schwer betroffenen Arbeitergemeinden, die ja einen Teil der Unterstützungssätze

aus

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

aus eigenen Mitteln aufbringen müssen, sind dazu außerstande.

3) Fordern wir Aufstellung und baldigste Durchführung eines Notstandsprogramms, damit die arbeitslos Gewordenen in lohnende Beschäftigung kommen. Fast alle Gemeinden können wichtige Arbeiten in Angriff nehmen, wenn sie die notwendigen Mittel dazu zur Verfügung gestellt erhalten. Wir nennen da vor allem den Bau notwendiger Wasserleitungen und Schulen. Dringend erforderlich ist auch der Ausbau des Straßennetzes im ganzen Saargebiet. Wir denken da nicht nur an die großen Autostraßen, sondern vor allem an die Straßen, die die Landgemeinden mit dem Innern verbinden. Die Straßen, die beispielsweise ins Ostertal, ins Hinterland der Kreise Ottweiler, St. Wendel, Saarlouis, Merzig usw. hineinführen, sind teils in geradezu trostloser Verfassung. Tausende von Arbeitern müssen diese schlechten Straßen benutzen, um zur Arbeitsstelle oder zur Bahnstation zu gelangen. Hier winkt reichliche Arbeitsgelegenheit, wenn die Mittel zu dem dringend notwendigen Ausbau dieser Straßen Kreisen und Gemeinden zur Verfügung gestellt werden.

4) Sofortige Inangriffnahme von Arbeiten durch öffentliche Verkehrseinrichtungen. Es ist bekannt, daß recht großzügige Bauprojekte in den Schubladen der Eisenbahndirektion bereit liegen. Mancher Bahnhofserweiterungsbau ist notwendig, erinnert sei an den Hauptbahnhof Saarbrücken, aber auch die Erstellung neuer Bahnhöfe und Haltestellen, erinnert sei an Rentrisch, Bildstock, Ostviertel von Saarbrücken usw. Durch die beschleunigte Vornahme dieser Arbeiten kann große Arbeitsgelegenheit geschaffen werden.

5) Fordern wir die beschleunigte Inangriffnahme der Ostertalbahn. Diese erschließt ein wichtiges Gebiet, das wirtschaftlich im engsten Zusammenhang mit dem Saargebiet steht. Das Gebiet ist vornehmlich von Arbeitern bewohnt, die im Saargebiet arbeiten und jetzt besonders von der Entlassungsmaßnahme betroffen wurden. Die Regierungskommission ersuchen wir, alles zu tun, um die Inangriffnahme dieses Bahnprojektes schnell zu ermöglichen.

6) Der große Exerzierplatz bei Saarbrücken eignet sich vorzüglich zum Flughafen. Um seinen schnellen Ausbau zu gewährleisten, ersuchen wir die Regierungskommission, mit der Stadt Saarbrücken ins Benehmen zu treten zwecks Abschlusses einer Lastengemeinschaft. Die Planierungsarbeiten des

neuen

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

neuen Flughafens sicherten vielen Arbeitern Erwerb und Brot. Ebenso die baldigste Inangriffnahme des so bitter notwendigen Verkehrsweges von Saarbrücken nach Neunkirchen, der der alten Römerstraße möglichst außerhalb der Ortschaften folgen soll. Hunderte von Arbeitern könnten durch eine baldige Inangriffnahme dieses notwendigen Projektes in Arbeit kommen.

7) Verweisen wir auf die von meiner Partei am 1.Februar der Regierungskommission unterbreiteten Dringlichkeitsanträge betr. Sozialversicherung. Da sie bekannt sind, kann auf die nähere Anführung heute verzichtet werden. Ihre baldige Verwirklichung ist dringend notwendig und ist auch geboten zwecks restloser Durchführung der Heidelberger Abrede.

(Bravo- Rufe !)

Staatskommissar

LT Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Dr.Heim!

Staatskommissar Dr. Heim: Meine Herren! Ich kann die Forderungen, die Herr Abgeordneter Kiefer an die Regierungskommission zur Behebung der Arbeitslosigkeit gestellt hat,genau der Reihe nach nicht beantworten. Ich bin aber in der glücklichen Lage, Ihnen im Auftrage der Regierungskommission die Maßnahmen bekanntzugeben, die die Regierungskommission in ihrer Sitzung vom 2.März beschlossen hat.

1) Die bisherigen Sätze der Erwerbslosenfürsorge um 30 % zu erhöhen,was eine Mehrausgabe gegenüber dem heutigen Stand von 5 Millionen Franken jährlich ausmacht.

2) Die Regierungskommission gewährt der Abteilung für öffentliche Arbeiten Vorschußkredite, um gewisse Arbeiten besonders der Eisenbahnverwaltung bereits jetzt durchführen zu können,wodurch ungefähr 800 Arbeiter beschäftigt werden können.

3) Die Regierungskommission beauftragt eine Spezialkommission mit der Prüfung der Frage der zur Verfügungstellung der Beihilfen, die für die Kreise und Gemeinden für den Haushalt 1927 - 28 in Frage kommen.

4) Die Frage der Arbeitslosenversicherung hat die Regierungskommission den infragekommenden Ausschuß der Arbeitskammer zur Begutachtung vorgelegt.

Außerdem bin ich ermächtigt, im Namen der Regierungskommission zur gegenwärtigen Lage folgende Erklärung abzugeben:

"Die heutige Krise im Saarbergbau hat ihre Ursache in der Weltkohlenkrise. Hierbei ist zu bemerken, daß das Saargebiet als letztes Gebiet von dieser Erscheinung getroffen wurde. Die Auswirkungen im Bergbau anderer Länder sind noch bedeutend schlimmer. Trotz der vorgenommenen Arbeiterentlassungen bleibt die Zahl der auf den Saargruben beschäftigten Arbeiter heute noch höher als die Durchschnittsbelegschaftszahl des Jahres 1913."

Vorsitzender:

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Petri!

Abg. Petri (SP): Meine Herren! Die Wirtschaft des Saargebietes,die im Saarbergbau ihre Wurzeln hat,ist abhängig vom Stande des Saarbergbaues. Wie die Lage zurzeit ist, zeigen uns die letzten Tage. Die Betroffenen der Saarbergbau-Krise sind leider immer diejenigen, die stets die Entbehrungen des Lebens durchmachen müssen. 4000 Bergarbeiter sind es wiederum, die wegen Rationalisierung und Überproduktion ihr Brot verlieren. Es gab schon einmal eine Zeit im Saarbergbau,wo ebenfalls Massen-Entlassungen stattgefunden haben. In dem früheren Saarabien sind 1892 und 1893 2000 Leute entlassen worden. Es ist geschehen mit derselben Brutalität, mit derselben Rücksichtslosigkeit wie heute, nur daß die Ursachen verschieden waren. Nur der Unterschied ist dabei zu bemerken, daß ein Teil der damaligen Befürworter der Maßregelungen, heute Verteidiger der Arbeitsrechte werden.

(Zuruf des Abg. Reinhard: Saarverein!)

Wenn die politische Entwicklung es mit sich gebracht hat, wollen wir das im Interesse der Arbeiterschaft begrüßen. Wir sind als Sozialdemokraten, die aus dem damaligen Geschehen die Lehre gezogen haben und nichts vergessen können,sehr mißtrauisch gegen diese Kreise. Unser Mißtrauen ist berechtigt, weil wir im Saargebiet eine weitere Anzahl Arbeitsloser haben ohne die entlassenen Bergarbeiter. Die vorhandenen Arbeitslosen betragen 4500 und es steht fest, daß viele derselben mit derselben Brutalität auf die Straße geflogen sind, wie es bei den Bergarbeitern geschehen ist. Der jetzige Arbeitgeber im Saarbergbau hat durch diese Entlassungen vielen seiner unrühmlichen Taten die Krone aufgesetzt. Lange Jahre sind die Saargruben von der französischen Verwaltung bezw. vom französischen Staat als Spekulationsobjekt benutzt worden. Die Vermehrung der Belegschaft von 56000 Mann auf 74000 ist insbesondere aus diesen Spekulationsabsichten erfolgt. Alle politisch gefügigen Elemente wurden in die Belegschaft eingereiht. Diese wird aber nicht von den Entlassungen betroffen. Die Entlassenen sind Leute, die Ihren Stamm im Saargebiet haben, die natürlich bei dieser heutigen Ausmerzung diesen Elementen weichen müssen. Die Absicht des französischen Arbeitgebers im Saarbergbau in politischer Hinsicht ist gescheitert. Seine Spaltungsversuche in den Gewerkschaften, wo er geglaubt hat, eine Stimmung zugunsten Frankreichs zu erzeugen, hat nicht den gewünschten Erfolg nach sich gezogen. Dies wurde alles wohl begünstigt durch mancherlei Dinge, besonders durch die gute Konjunktur, die im Saarbergbau infolge der Inflation zustande gekommen ist und dadurch billige Kohlen verkaufen konnte. Es nutzte nichts, die Stimmung der Saarbergleute ist festgeblieben und den gewerkschaftlichen Organisationen ist es

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4 I

73

es gelungen, alle diese Methoden zunichte zu machen. Heute sind die Dinge in einer Abwärtsbewegung begriffen. Der französische Arbeitgeber, der zurzeit der guten Konjunktur Riesengewinne eingesteckt hat, sucht die Rationalisierung in derselben Weise durchzuführen, wie sie sonst durchgeführt worden ist. Man kann, wenn man die Dinge so betrachtet vom Standpunkt der Rationalisierung, Mechanisierung usw. den französischen Unternehmer vom deutschen Unternehmer nicht unterscheiden. Beide sind bestrebt, die Menschenkraft auszuscheiden und die maschinelle Kraft einzuführen.

Meine Herren! Wie das mit der Bevölkerungspolitik übereinstimmt, auf der einen Seite wird gepredigt , "vermehrt euch wie der Sand am Meere, auf der anderen Seite stehen die Menschen zu Massen vor den Betrieben zu einem großen Teil vor einem Nichts, sie können nicht die Familie ernähren. Meine Herren! Das ist ein Widerspruch in der heutigen Gesellschaftsform, wie er grotesker nicht gemalt werden kann. Mit Recht hat die "Saarbrücker Landeszeitung" diese Woche sehr starke Töne gegen die heutige Gesellschaftsordnung angeschlagen. Ich wünschte nur, daß die Anhänger dieser Landeszeitung ihrerseits einmal bessere und energischere Schritte unternehmen würden, um die heutige Gesellschaftsordnung etwas umzuformen, damit die Menschenerzeugung, damit die Bevölkerungspolitik dieser Mechanisierung und dieser Rationalisierung in der Wirtschaft und in der Industrie eine Anpassung erfährt.

(Zuruf der Sozialdemokraten: Sehr gut !)

Meine Herren! Die Bergarbeiter des Saargebietes sind in eine weitere Epoche ihrer Leidensgeschichte gekommen. Das System der Antreiberprämie trägt seine Früchte in der Ausbeutung des einzelnen Arbeiters. Die Strafen haben sich verdreifacht gegen das Jahr 1920, die Unfälle um 40 % erhöht. Neben sonstigen entwürdigenden Maßnahmen muß sich der Kumpel vor dem Verlassen der Betriebsanlagen einer Leibesvisitation unterziehen, ob er nicht ein Stückchen Holz oder Kohle bei sich trägt. Die Behandlung der Arbeiter von deutschen und französischen Beamten spottet in vielen Fällen jeder Beschreibung. Besonders zeichnen sich eine Anzahl ehemaliger Micumbeamten darin aus, die nach der Poincaréaktion an der Ruhr übrig geblieben sind und in den Saarbergbau als zuverlässige Konstrukteure übernommen wurden. Zu allen diesen Übelständen und den Feierschichten wird ein Teil der Saarbergleute jetzt von dem allerschlimmsten betroffen, der Entlassung. Richtlinien dafür hat die Direktion ohne die Anerkennung der Gewerkschaften herausgegeben. Sonderbarerweise hat man es den Leuten

<u>schmackhaft</u>

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

schmackhaft zu machen versucht, daß diese Richtlinien eine Vereinbarung mit den Gewerkschaften darstellen sollen. Ich muß an dieser Stelle erklären, daß das unrichtig ist. Auf die Einwendungen der Gewerkschaften hat die Direktion erklärt, nur Leute zu entlassen, die es wirtschaftlich und familiär ertragen können. In der Praxis sieht es ganz anders aus. Entlassen wurden Familienväter mit großer Kinderzahl, Kriegsbeschädigte, Unfallverletzte, Bergarbeiter mit 10 und 30 Dienstjahren. Gerade diese Frage, meine Herren, ist besonders wichtig, weil diese Armen der Ärmsten verbraucht sind im Saarbergbau, weil sie fast ein halbes Menschenalter ihren Dienst dort geleistet haben, und jetzt, nachdem sie nicht mehr voll erwerbsfähig sind, in keiner anderen Industrie übernommen werden. Besonders bezeichnend ist es, daß die französische Grubenverwaltung ihre eigenen Unfallverletzten ebenfalls, die im Saarbergbau verunglückt sind, unter diese Maßnahme geworfen hat. An Brutalität und Rücksichtslosigkeit sind diese Maßnahmen jedenfalls nicht zu übertreffen. Dabei sind die Aussichten dieser entlassenen Bergarbeiter, die bis zu 30 und mehr Dienstjahren haben, in Pension zu kommen, sehr gering, weil die Pensionskasse jetzt schon überspannt ist, weil durch den rapiden Abbau bereits im vorigen Jahre die Pensionen nicht mehr den Leistungen des Knappschaftsvereins angepaßt werden konnten, obwohl die Leistungen jetzt noch nicht der Friedensnorm entsprechen. Auch hier ist es unbedingt notwendig, daß Mittel und Wege gesucht werden, damit die Pensionskasse, die bereits in ein Defizit übergegangen ist, in ihrem Stand erhalten werden kann, daß die bisherigen Pensionen bezahlt werden können, und daß die Leute, die infolge Krankheit, Unfall oder Kriegsbeschädigung keine andere Arbeit mehr finden können, entsprechende Dienstjahre haben, pensioniert werden. Die Entlassungsmethode wird aber auch dazu benutzt, um die im Betriebe zurückbleibenden Arbeiter einzuschüchtern bei ihrem Verlangen nach tariflichen und Arbeitsrechten. Die geringste Andeutung eines Arbeiters, wo er in Gedingefragen oder in sonstigen Angelegenheiten sein Recht fordert, wird dazu benutzt, um die Entlassungsdrohungen auszuschleudern. Eine größere unmoralische Leistung kann jedenfalls nicht aufgewiesen werden. Und es sind besonders die Herren Ingenieurs divisionnaire und Ingenieure, denen jedes soziale Verständnis fehlt, die nur glauben, durch stetes Antreiben immer höhere Prämien für sich herauszuholen, und dadurch das Leben und die Gesundheit der Arbeiter aufs Spiel zu setzen. Die Bergarbeiter des Saargebietes werden ja zu dieser Frage noch besonders Stellung nehmen müssen.

Meine

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4 I

Meine Herren! Bei dieser Gelegenheit ist die Frage aufzuwerfen: Wie lange soll dieser Zustand noch dauern ? Frankreich hat die Saargruben zur Wiedergutmachung seiner im Kriege zerstörten Gruben erhalten. Die zerstörten Gruben sind aber längst wieder aufgerichtet, und haben ihre normale Förderung der Friedenszeit bedeutend überschritten. Die Gruben im Norddepartement förderten im Jahre 1913: 6 813 000 Tonnen, im Jahre 1926 : 8 475 000 Tonnen, die Gruben im Pas de Calais im Jahre 1913 11 838 000 Tonnen, im Jahre 1926: 12 611 000 Tonnen. Damit ist der Zeitpunkt der Wiedergutmachung überschritten.

(Zuruf der Sozialdemokraten: Sehr gut !)

Frankreichs Aussichten im Saargebiet, durch die Saargruben noch politische Geschäfte zu machen, sind auf dem Nullpunkt angelangt. Jedem Einsichtigen auch in Frankreich ist es heute klar, daß ein noch längeres Abtrennen des Saargebietes von der deutschen Wirtschaftseinheit für Frankreich keine Vorteile, und für das Saargebiet und seine Bevölkerung nur Nachteile nach sich ziehen wird. Darum richten wir an die deutsche Regierung und an die französische Regierung den Mahnruf: Beginnt endlich damit, das Saarproblem so zu lösen, daß das Saargebiet in die deutsche Wirtschafts-und Gesetzeseinheit baldigst zurückkehren kann. Bis zu dieser Generallösung sind jedoch Mittel und Wege zu suchen, die Opfer der Absatzkrise zu schützen. Von dem Herrn Staatskommissar haben wir ja gehört, daß die Regierungskommission sich bereits mit der Frage beschäftigt hat. Ich möchte wünschen, daß diese Mitteilung des Herrn Staatskommissars keine nackte Theorie darstellt, sondern daß auch in der Praxis alles das eintritt, was uns angekündigt worden ist, so daß allen Erwerbslosen ein besseres Dasein, besonders ihnen eine Beschäftigungsmöglichkeit gegeben wird. Daß die jetzige Erwerbslosenunterstützung nicht ausreicht, um die so wie so verarmten Bergarbeiterfamilien zu unterhalten, über Wasser zu halten, das brauche ich nicht besonders zu betonen.

(Zuruf des Staatskommissars Dr. Heim: Es ist ja bereits beschlossen !)

Wir haben eben durch den Herrn Staatskommissar gehört, daß die Erhöhung bereits anerkannt ist.

(Zuruf der Kommunisten: Sie ist aber ungenügend!)

Meine Herren! Es gibt aber noch weitere Notwendigkeiten. Es gibt im Saargebiet so viele Arbeitsmöglichkeiten, die sofort ergriffen werden könnten, wenn die zuständigen behördlichen Instanzen ihren Teil dazu beitragen würden. Mit Recht wurde schon gesagt, Straßenbauten, Kanalisation, Wohnungsbauwesen, das ist im Rückstande bei vielen Kommunen des Saargebietes.

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

76

des Saargebietes. Sie jetzt bei dieser Gelegnheit aufzugreifen und den entlassenen Bergarbeitern Beschäftigungsmöglichkeit zu bieten, dafür möchte ich besonders an die zuständigen Instanzen appellieren. Die ganze Frage, meine Herren, ist jedoch abhängig von den Finanzen. Es nützt nichts, wenn wir in der Theorie hören : das und jenes ist unsere Absicht, durchzuführen, und nachher wird uns wieder gesagt, später nach einigen Wochen,wenn die Sache etwas verebbt ist: ja, wir haben uns bemüht, aber es ist kein Geld aufzutreiben. Es muß möglich sein, für diese Zwecke irgendwelche Kapitalaufnahmen zu machen. Und wenn es die Regierungskommission nicht während ihres Bestandes,während ihres Daseins erledigen kann, so muß später von demjenigen Staat,der das Saargebiet übernimmt, und das ist Deutschland, die ganze Sache übernommen werden. Heute dafür die Frage aufzuwerfen: Wir können nur Kapital aufnehmen bis 1935, wir können nur kurzfristige Anleihen usw. ins Auge fassen,das halte ich in Anbetracht der Sachlage nicht für richtig. Es können langfristige Anleihen abgeschlossen werden, und nachher,nach 1935, wird sich die Lösung zur Amortisation dieser Anleihen schon finden. Viele Kommunen warten darauf, daß sie von der Regierungskommission in dieser Weise Hilfe bekommen. In vielen Kommunen kann sofort damit begonnen werden, den Arbeitslosen und den Erwerbslosen eine sichere Existenz zu geben. Aber nicht allein das. Wir verlangen in erster Linie, daß die Bergwerksdirektion diese zu Unrecht Entlassenen wieder in die Betriebe zurücknimmt. Nach unserer Auffassung waren diese Entlassungen nicht notwendig gewesen. Die Profite, die die Bergwerksdirektion seit 1920 in die Tasche gesteckt hat, hätten es ihr ermöglicht, diese Krise zu überdauern und die von ihr eingestellten Bergarbeiter weiter zu beschäftigen, bis sie sich aus der Krise herausgearbeitet hätte. Aber die Profitsucht und die Rücksichtslosigkeit, das soziale Unverständnis und jedenfalls auch der politische Mißerfolg haben diese Brutalität bei ihr aufkommen lassen.

Meine Herren ! Damit glaube ich Ihnen all die wichtigsten Merkmale von unserem Standpunkt aus dargelegt zu haben. Ich möchte nur einen Antrag gleichfalls mit verbinden, und zwar bezüglich der Ostertalbahn, die ein langjähriges Projekt ist, das verdient, endlich einmal verwirklicht zu werden. Nur müssen die zuständigen Länderregierungen ihr Teil dazu beitragen. Der Bau dieser Ostertalbahn wird ebenfalls sehr vielen erwerbslosen Arbeitern Beschäftigungsmöglichkeit geben können. Es kommt nur darauf an, so schnell wie möglich zu handeln. Wir haben einen Antrag vorlegt der folgendermaßen lautet:

Der

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Der Landesrat wolle beschließen:

Die Regierungskommission wird ersucht, den Bau der Ostertalbahn zu fördern und eine Summe von 550 000 RM = 3,3 Millionen Franken zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Das Projekt der Ostertalbahn ist soweit gediehen, daß die Arbeiten noch in diesem Frühjahr beginnen können. Die beteiligten Kommunen, der Provizialverband, das Land und das Reich haben je ein Viertel der Baukosten zugesagt. Da im Saargebiet die 3 Instanzen Provinzial-Verband, Land und Reich in einem vereinigt sind, ist diese Lücke der Baukostendeckung noch auszufüllen.

Die Bahnlänge beträgt bis Oberkirchen 24,3 km., davon entfallen auf das Saargebiet 12,480 km, diese entspricht einem Kostenbetrag von 3,3 Millionen Franken.

Durch diesen Bahnbau wird für die jetzt zu tausenden entlassenen Bergarbeitern eine Beschäftigungsmöglichkeit geschaffen.

(Bravo - Rufe !)

Abg. Reinhard!

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Reinhard!

Abg. Reinhard (KP): Meine Herren! Ich kann mich heute sehr gut zurückversetzen in meine Jugend als Kind von 5 Jahren. Da weinte eines Tages meine Mutter die bittersten Tränen. Mein Vater kam nach Hause und war auf dem Bergwerk entlassen. Entlassen- trotzdem er schon damals über 30 Jahre auf den preußischen Staatsgruben geschuftet hatte. Entlassen deshalb, weil er in der Gemeindevertretung gegen den allmächtigen Bürgermeister Opposition gemacht hatte. Heute in dieser Sitzung hält man moralische Reden über die eiserne Konsequenz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Heute versuchen Redner einzelner Parteien die Methoden der kapitalistischen Gesellschaft so darzustellen, als wenn die einzelnen Kapitalisten deshalb, weil sie schlechte Menschen sind, die arbeitende Bevölkerung brotlos machen würde. Und ich erinnere mich heute gleichzeitig an eine Sitzung des Ausschusses des preußischen Landtages, in welchem der Handelsminister Dr. Schreiber sagte: "Jedem Arbeiter sein Brot im eigenen Lande!" In demselben Moment, wo in Deutschland eine Million Arbeiter erwerbslos sind. In demselben Moment, wo in Deutschland die Trustgewaltigen und international mit den französischen Trustgewaltigen Kartellierten mit der Generalaussperrung der gesamten Arbeiterschaft drohen. In demselben Moment, wo die Frage der Entlassung der Bergarbeiter auf den Saargruben akut wurde, wurde ebenfalls debattiert in einer Ausschußsitzung des Preußischen Landtages der Etat des Ruhrkohlengebietes. Und dort hat man festgestellt, daß die Belegschaftsziffer der Ruhrkohlenbergwerke um 27000 Mann niedriger ist wie im Jahre 1913 und daß im Gegensatz dazu aber die Förderungsziffer um 17 Millionen Tonnen höher ist wie im Jahre 1913. Und Sie alle in diesem Hause wissen, daß der Preis der Ruhrkohle 20 %- an der Qualität gerechnet sogar 30 %- niedriger ist, wie die schlechtere Saarkohle.

Und was sind die Ursachen all dieser Dinge? Die Ursachen der heutigen Wirtschaftskrise sind verankert in den Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt,

(Zurufe der Kommunisten: Sehr richtig!)

die sich auch gezeigt haben bei dem vierjährigen Weltkrieg. Schon damals haben die einzelnen kapitalistischen Interessengruppen geglaubt, durch Verschiebung der Absatzmärkte die Schwierigkeiten beheben zu können. Der Krieg ist vorbei. Es sind Verträge geschlossen worden, es sind Abkommen geschlossen worden. Es ist ein Völkerbund entstanden. Es ist in diesen Völkerbund eingetreten die deutsche Regierung, die Auftraggeberin der deutschen Kapitalisten. Es wurde dadurch herbeigeführt

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4 I

eine Einigung der Kapitalisten Deutschlands, Frankreichs, Luxemburgs und Belgiens in der Schwerindustrie. Und was hat es für die Arbeiterklasse in Deutschland mit sich gebracht?

In Deutschland haben die Parteien der kapitalistischen Gesellschaft der Regierung gesagt: "Wir können nicht existieren als Volk, wenn wir die achtstündige Arbeitszeit bestehen lassen. Wir müssen unbedingt die Produktion verbilligen, und die Verbilligung kann man nur auf Kosten der Arbeiterklasse durchführen. Man hat in Deutschland deshalb unter Zustimmung aller Parteien-sogar bis zu den Sozialdemokraten-das Mehrzeitarbeitsabkommen eingeführt. Man hat dadurch in Deutschland eingeführt die neunstündige Arbeitszeit, sodaß in ganz Deutschland die Arbeiter eine Stunde länger arbeiten wie im Saargebiet. Und gerade deshalb, weil die deutschen Arbeitergruppen um die Wiedereinführung des Achtstundentages kämpfen, haben die Arbeitgeber gedroht mit der Generalaussperrung.

Bevor ich auf die Dinge hier eingehe, möchte ich in Verbindung damit die Frage stellen:

Was ist das Ziel, das die Redner der bürgerlichen Parteien und auch der Redner der Sozialdemokratischen Partei als Ausweg aus der heutigen Krise im Saargebiet zeigen?"

Das einzige Ziel ,das sie zeigen, ist:

Wir müssen kämpfen um den Wiederanschluß an das große deutsche Vaterland. Wir Kommunisten sagen an dieser Stelle, daß die Kommunistische Internationale und die kommunistischen Sektionen in allen Ländern stets Kämpfe geführt haben gegen den Versailler Vertrag, und daß wir Kommunisten allein den Kampf geführt haben gegen den Völkerbund, der ja der Auftraggeber dieses Gebietes ist. Aber wir sagen auch den Arbeitern: Der Anschluß an das Reich wird erst recht den Kampf um Lohn und Brot in diesem Gebiete herbeiführen.

(Zurufe: Sehr richtig !)

Die Kapitalisten an der Saar werden keine andere Arbeitszeit als im Reiche aufrecht erhalten.

Was geschieht zurzeit hier im Gebiete? Gestern und heute morgen wird mir gemeldet, daß jetzt außer den Entlassungen im Saarbergbau eine Lohnreduzierung durchgeführt wird. Die Gedinge sollen durchschnittlich um 40 Centimes ab 1.ds.Mts. herabgesetzt werden. In Verbindung damit geht man auf einzelnen Inspektionen dazu über, die Arbeitszeit zu verlängern. Man hat die tariflich festgelegte Brotpause von 1/2 Stunde auf 20 Minuten herabgesetzt. In Verbindung damit hat man, wie der

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Bergmann sagt, an jeden großen Ort den Antreiber hingesetzt und wenn man jammert über Massenunglücke im Bergbau, so soll man sich die Ursachen dieser Massenunglücke ansehen. Ich selbst habe als Bergmann feststellen müssen,daß man auf einer Seite Arbeiterschutz-Bestimmungen gemacht hat,auf der anderen Seite hat die Verwaltung das Recht, das Gedinge so zu reduzieren, daß man den Arbeiter vor die Frage stellt, entweder mit diesem Gedinge mit seiner Familie zu verhungern, oder gegen die bestehenden Vorschriften zu handeln, um einen menschenwürdigen Lohn zu verdienen. Wenn Sie die Unfallstatistiken betrachten, nicht nur im Reich, sondern auch im Saargebiet-,der Versuch ist ja auch in der Ausschuß-Sitzung des preußischen Landtages gemacht worden- so finden Sie eine Vermehrung der Unfälle um 30 %. Das sind Blutopfer der wahnsinnigen Antreibung im Bergbau. Es wird gesagt, durch die Erklärung der Regierung:Der jetzige Zustand hat seine Ursache in der Weltwirtschaftskrise! Gibt es denn keinen Ausweg aus dieser Krise und woher kommt sie denn? Die Kommunisten haben einen Ausweg. Wir haben längstens erkannt durch die unwiderlegbare Theorie von Karl Marx,daß diese Widersprüche durch die jetzige Gesellschaftsform und ihrer Verteilung der Produktion unbehebbar sind. Wie kann man Widersprüche beseitigen, wenn man die Produktion über die Vorkriegsproduktion steigert, die Arbeitszeit verlängert und die Löhne reduziert ? Sie betragen relativ im Ruhrgebiet nur 93 % des Vorkriegslohnes und dadurch die Produkte billiger auf den Markt bringt ? Im Anschluß daran kommen englische Kohlenkönige und sagen:Wir können nicht mehr konkurrieren, wir müssen die Arbeitszeit verlängern. Und dort wird die Verlängerung der Arbeitszeit von 7 auf 8 Stunden durchgeführt. Dann ist es selbstverständlich, daß dann die Verbraucher die Ware dort kaufen, wo sie am billigsten ist. Die Reichsbahnverwaltung sagt: Natürlich werden wir Kohlen kaufen, wenn sie billiger sind. Die Konsequenzen sind Entlassungen. Die Löhne müssen reduziert werden. Das ist die Schlußfolgerung aus diesen Punkten, die vor uns liegen. Ist jemand da, der das Gegenteil behaupten wird? Aber niemand kann das. Auch nicht der Herr Röchling, der sich jetzt so fleißig Notizen macht.

Meine Herren! Ich habe jetzt vor 2 Tagen vor dem Obersten Gerichtshof des Saargebietes gestanden. Dort sitzt das System über das wir heute reden zu Gericht. Man hat uns verurteilt, weil wir den Massen des Saargebietes gesagt haben, den Bergarbeitern: So geht das nicht mehr weiter, entweder ihr schließt euch zusammen und kämpft gegen eure Unterdrückung,ihr führt geschlossen den Kampf mit der deutschen Arbeiterklasse für den Sturz des heutigen Systems, oder man wird auch weiter dem Elend entgegenführen" Wir konnten feststellen, sowohl bei dem deutschen Klassen-

<u>Gericht</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4 1

Gericht in Saarbrücken, wie auch an diesem Gerichtshof, daß die Regierung wie auch dieses Gericht in den Maßnahmen gegen die Arbeiter an der Seite der Kapitalisten des Saargebietes steht.

Nun meine Herren, zu den

Massen-Entlassungen

die jetzt durchgeführt werden. Da ist es eigentümlich, daß alle bürgerlichen Parteien auch die Sozialdemokratie die Zahlen der Entlassungen bis auf den einzelnen Mann anzugeben wissen. Gleichzeitig aber sagen die Gewerkschaftsführer, sie wissen nichts von den Maßnahmen der Bergwerksverwaltung. Ist nicht in den Verhandlungen darüber gesprochen worden, die man mit der Bergwerksverwaltung hatte, wie die Entlassungen durchgeführt werden sollen? Hat man nicht vor der Entlassung gesagt, die Bergwerksverwaltung wird diejenigen entlassen,die noch keine drei Jahre beschäftigt sind oder außerhalb des Saargebietes wohnen. Wir haben festgestellt, daß diese Zahlen der Entlassenen nicht stimmen. Auf Grube Velsen sind es allein 450 Mann. Das ist nur ein einzelner Schacht. Darunter sind auch Arbeiter ,die 25 bis 30 Jahre dort gearbeitet haben, allein über fünfzig aus unserer kleinen Gemeinde Ludweiler. Die Bergwerksverwaltung hat ein gewisses Ziel bei den Entlassungen verfolgt. Entlassen sind in erster Linie die aktiven Funktionäre der Arbeiter. Es ist somit das eingetroffen, was wir betonten und auch geschrieben haben, daß nicht nur kommunistische, sondern auch sozialdemokratische- und christliche Funtionäre entlassen worden sind. Die Bergwerksverwaltung weiß, was sie will. Nun wird uns gemeldet, daß bei den Röchling'schen Eisen- und Stahlwerken Völklingen einzelne Entlassungen durchgeführt werden. Die Arbeiter werden gezwungen, auf dem Werk des Herrn Hermann Röchling einen Revers zu unterschreiben, daß sie auf die gesetzliche Kündigungsfrist verzichten, damit die Leute jederzeit entlassen werden können. Dies zeigt uns, daß die Maßnahmen der Grubenverwaltung mit denen der Schwerindustrie auf einer Linie hinauslaufen.

Untersuchen wir die Ursachen im Saargebiet einmal ! Sind sie andere, wie ich sie im allgemeinen geschildert habe? Erlauben Sie mir einen kurzen Rückblick! Dieses Haus tagt jetzt 4 Jahre. Im Jahre 1923 wurde ein scharfer Konkurrenzkampf geführt zwischen den französischen und deutschen Kapitalisten um die Saar-und Ruhrkohle. Dieser Kampf führte zur Besetzung der Ruhr,führte zum passiven Widerstand,führte zu gewaltigen Streiks an der Saar, die bis tief nach Lothringen hineinreichten. In diesem Kampfe hatten die Gewerkschaften Millionen an Mitteln zur Verfügung,um den Kampf monatelang durchführen zu können. Diese

Mittel

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

Mittel sind geflossen durch die kapitalistische Regierung des Reiches. Die Bergarbeiter wurden dadurch unterstützt. Meine Herren! Damals standen die beiden Interessengruppen, französische und deutsche Kapitalisten im schärfsten Kampfe gegenüber. Diese haben nicht die Bergarbeiter unterstützt, um ihnen zu helfen. Ein Jahr später war es die Firma Röchling, die die Arbeiter aussperrte, den Zwölfstundentag und dazu noch 25 % Lohnabbau verlangte. Merkwürdigerweise war es die Regierungskommission, die damals noch unter dem entscheidenden Einfluß des französischen Imperialismus stand, die die Aussperrung unterstützte. Man hat Arbeitsvermittlung nach Lothringen vorgenommen und die Unterstützungssätze nicht nur um 30 %, sondern teilweise um 100 % erhöht. Das waren die Zeiten der Konkurrenzkämpfe um die Vormachtstellung in der Ausbeutung dieses Gebietes. Damals hatte man Millionen von beiden Seiten zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter ausgeworfen und jetzt haben die gemaßregelten Bergarbeiter sich an die gleiche preußische Regierung gewandt, um eine kleine Unterstützung zu erhalten. Diese hat aber mitgeteilt, daß keine Mittel vorhanden seien, und das ist die Regierung, die genug Mittel hat, um Panzerkreuzer zu bauen.

(Zurufe der Kommunisten: Sehr richtig!)

Und hat man nicht im Saargebiet vor kurzem bedeutende Aktionen durchgeführt, wie die Betreuungsaktion der Beamten usw. Waren es nicht die obersten Beamten, die das Reich verklagt haben, da sie nicht genug vom armen Vaterland bekommen konnten, während die unteren Arbeiter und die Armsten der Armen nichts bekommen haben. Die Arbeiter können nicht klagen. Kommen Sie hierher und widerlegen Sie diese eisernen Tatsachen unserer kapitalistischen Regierung. Trotzdem man hier so mit der Arbeiterschaft an der Saar herumspringt, ist es die Arbeiterschaft, die mit eiserner Konsequenz den Kampf gegen die französischen Imperialisten führt.

Meine Herren! Verträge von Locarno und Thoiry sind zustandegekommen und es ist weiter gekommen der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Ich muß sagen, in dem Konkurrenzkampf, der zwischen dem deutschen Unternehmer Röchling und den französischen Konkurrenten hat merkwürdigerweise die Sozialdemokratische Partei sich zum Anwalt der Regierungskommission aufgeworfen. Damals war es die Volksstimme, die heute täglich 10 Schmutzartikel gegen die Kommunisten verkündet hat.

(Zurufe: Es ist nicht wahr !)

Da wird gesagt, es ist nicht wahr. Wir können die Nummern der Volksstimme bringen, wo die Kampfgenossen des Herrn Röchling an der Seite der Regierung das "soziale Jahr" verkündet haben.

Zuruf

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

(Zuruf des Abg.Petri: Das "soziale Jahr" haben wir gewünscht !)

Die Geschichte läßt sich nicht umlügen, sie ist passiert.

Meine Herren! Anläßlich des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund hat man in diesem Hause betont, daß durch den Eintritt in den Völkerbund bessere Verhältnisse auch für die Arbeiterschaft eintreten würden. Erinnern Sie sich Ihrer Reden? Wenn Sie aber ein schlechtes Gedächtnis haben, werden wir Ihnen helfen und die Akten ausgraben.

Was haben wir Kommunisten gesagt? Diese Verbrüderung der deutschen Imperialisten mit den französischen ist nichts anderes, als die Fortsetzung der Anti-Sowjetrussischen Politik Englands zum Kampfe gegen Sowjet-Rußland. Dieser Kampf wird sich im Saargebiet gegenüber der Arbeiterschaft insofern auswirken, als der gegenseitige Konkurrenzkampf zurückgestellt wird und die Interessen der Unternehmer gegen die Arbeiterschaft werden in den Vordergrund gedrückt. Und als vor eineinhalb Jahren die Offensive für Rationalisierung begann, haben wir als einzige,wir waren es als Kommunisten, die täglich in der Presse und in den Versammlungen den Arbeitern sagten: Nun wird der französische und der deutsche Kapitalismus kraft der Einigung von Thoiry, kraft des Eintritts in den Völkerbund,gemeinsam gegen euch vorgehen. Und alle die Heulerei in der bürgerlichen Presse, und alle die schönen Reden wurden nur gehalten und werden heute noch gehalten, um die wahren Ziele der Bestrebungen jener vereinten Kapitalgruppen gegen die ausgehungerten und ausgeplünderten Arbeiter des Saargebietes zu verschleiern und zu verdecken.

(Zuruf der Kommunisten: Sehr richtig!)

Ein kurzer Blick hinter die Kulissen hat ja diese kleine Entgleisung zwischen der Saarbrücker Zeitung und der Saarbrücker Landeszeitung gezeigt. Dort haben sie sich gegenseitig einmal ganz kurz einige Dinge aufgedeckt, die dann schnell durch das Eingreifen der Herren Aktionäre und Aufsichtsratsmitglieder wieder abgestellt wurden. Dort wurde einmal so klein wenig hinter die Kulissen geschaut.

(Zuruf des Abg. Kiefer: Sind Sie auch Mitglied vom Aufsichtsrat der Landeszeitung?)

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Vorsitzender: Meine Herren! Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß es ein ungeheuer wichtiger Gegenstand ist, den wir zur Aussprache haben, und daß wir bisher die Aussprache mit allem Ernste gepflogen haben, der der Sache zukommt. Ich möchte dringend bitten, daß wir mit diesem Ernste die Aussprache zu Ende führen. Es wird allerdings dazu beitragen, wenn Herr Abgeordneter Reinhard sich mehr an die Sache selber hält, als die Gelegenheit benutzt, um die Sache nach der parteipolitischen Seite hin auszuwerten.

Abg. Reinhard fortfahrend:

Ich weiß nicht, ob jemand bisher mehr zur Sache gesprochen hat, als wie gerade hier von unserer Seite zu den Dingen gesprochen wurde.

(Zurufe der Kommunisten: Sehr richtig!)

(Zuruf des Abg. Petri: Besser wie Du!)

Wir haben voruns die eiserne Tatsache, auf der einen Seite die Arbeiterschaft, auf der anderen Seite der Arbeitgeberverband des Saargebietes. Und die Kämpfe der Rationalisierung, die im letzten Jahre geführt wurden, fanden immer statt, indem die zwei Fronten sich gegenüberstanden. Auf der einen Seite wurde der Kampf geführt in der Metallindustrie um einen höheren Lohn. Man hatte sich geeinigt zwischen der Regierung und zwischen dem Arbeitgeberverband, um einen Schiedsspruch anzuerkennen. Man hatte sich aber gleichzeitig mit derselben Regierung geeinigt, die Löhne der Staatsarbeiter unter keinen Umständen höher werden zu lassen, wie die Löhne der Metallarbeiter. Und vorher haben dieselben Interessengruppen gemeinsam den Lohnabbau um 10 % durchgeführt. Hier ist keine deutsche Regierung gekommen und hat gesagt, als die Bergwerksverwaltung den Lohnabbau proklamierte: streikt, wir werden euch unterstützen. Ja, jetzt kann man nicht mehr streiken gegen die französische Grubenverwaltung, man würde sonst die Politik von Thoiry gefährden, man würde gefährden die Politik der Annäherung des sogenannten Linksblocks, die getragen wird durch die Vertrauensmänner der Schwerindustriellen Deutschlands und Frankreichs, Stresemann und Briand. Und in Verbindung damit müssen wir auch untersuchen:

Wie soll der Arbeiterschaft des Saargebietes geholfen werden ?

Wir haben festgestellt, in dieser Linie ist kein Unterschied in der Auffassung der

Parteien

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4 I

85

Parteien von rechts bis zu den Sozialdemokraten. Alle sagen: Anschluß an's Reich, dann ist alles geschehen. Und wie soll der Anschluß an das Reich kommen? Sie sagen: Die Wahlen müssen jetzt Linksregierungen bringen. Und welche Linksregierungen? Die Sozialdemokraten sagen: Linksregierung in Deutschland, Linksregierung in Frankreich? Und was verstehen Sie unter diesen Linksregierungen ? Sie sagen ganz offen: Hinausschiebung der Deutschnationalen, der Partei der Hetzer, und Mitregierung in einer großen Koalition bis zur deutschen Volkspartei. Und umgekehrt in Frankreich. Und deshalb auch das Vertrauensvotum der Sozialdemokraten für Herrn Stresemann, der offiziell Mitglied der deutschen Volkspartei ist. Die Sozialdemokratie sieht den einzigen Ausweg, die Wirtschaftskrise zu beheben, unter Mitwirkung der deutschen Volkspartei in der Regierung, jener Partei der Trustgewaltigen, die die deutschen Arbeiter auf die Straße werfen. Das nennen Sie das Ziel, das erreicht werden muß, um der Arbeiterschaft zu helfen. Wir als Kommunisten können diesem Gedankengang nicht folgen. Wir wissen, daß die sozialdemokratische Partei aufgrund ihrer Koalitionspolitik, aufgrund ihres historischen Werdegangs gar nicht anders handeln kann. Leider glauben es aber immer noch viele Arbeiter, daß die Sozialdemokratische Partei genau wie die Kommunistische Partei den Sturz der heutigen wahnsinnigen Gesellschaftsordnung anstreben würde. Meine Herren! Dazu nur einige Bemerkungen. Man hat in den letzten Tagen soviel gehetzt und geschrieben über die Schwierigkeiten und über die Krisen in der russischen Sowjetunion. Allen voran natürlich das sozialdemokratische Organ, die Volksstimme. Und wie liegen dort die Dinge in Wirklichkeit? In der Sowjetunion herrscht im Bergbau der Sechsstundentag,der Sechsstundentag ist generell durchgeführt.

(Zuruf des Abg. Röchling: Stimmt nicht!)

In der übrigen Industrie besteht der Achtstundentag. In einer ganzen Reihe Fabriken ist der Siebenstundentag durchgeführt oder wird in diesem Jahre durchgeführt. Das Wachstum der Industrie dieser Betriebe ist derartig enorm in den letzten Jahren,daß ein vernünftiger Politiker das nicht zurückweisen kann, zumal die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft bis zum heutigen Stadium 160 Jahre gebraucht hat. Wenn man bedenkt, daß an der Sowjetunion nach Beendigung des Bürgerkrieges erst 5 Jahre gebaut wird, und gebaut wird ohne oder fast ohne auswärtige Anleihen, dann kann man ermessen, welche ungeheueren Vorteile dort die Zusammenfassung der Industrie durch die Sozialisierung für die Arbeiterschaft mit sich gebracht hat. Deshalb ist es unser Ziel, darum zu kämpfen in allen Ländern,durch den Sturz der herrschenden Gesellschaftsordnung diese Schwierigkeiten, die heute den Arbeiter zum Hungertode verurteilen, zu beseitigen. Wenn es uns nicht

gelingt,

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

86

gelingt, gut, meine Herren,dann werden Sie es erreichen, daß der Konkurrenzkampf um die Vormachtstellung, um die Absatzmärkte der einzelnen Interessengruppen trotz Völkerbund und trotz gegenseitiger Zurückstellung der Gegensätze momentan wieder in einen Weltkrieg ausmünden wird. Sie werden erreichen, daß anstatt Kultur,Barbarei, Vernichtung und alles das, was Sie Kultur nennen, eintreten wird.

Nun zu den konkreten Maßnahmen, die wir in der jetzigen Situation als kommunistische Partei fordern. Wir haben schon vor Wochen der Regierungskommission zum wievielsten Male einen Antrag unterbreitet, in welchem die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung auf 20 Franken pro Tag für alle Erwerbslosen gefordert wird; außerdem für die Frau 5 Franken und für jedes Kind 3 Franken. Ferner haben wir verlangt, die bestehenden Karenzzeiten unbedingt zu beseitigen und die Erwerbslosenunterstützung für die Gesamtdauer der Erwerbslosigkeit zu zahlen. Wir haben außerdem gefordert, den Gemeinden die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen zur Durchführung der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Nun hat ja hier der Herr Staatskommissar im Auftrage der Regierungskommission dem Hause mitgeteilt,daß ab 1.März die Erwerbslosenunterstützung um 30 % erhöht würde. Wahrhaft eine fürstliche Erhöhung,wenn Sie bedenken,daß die Erwerbslosensätze des Saargebietes zwischen 4 und 6 Franken pro Tag betragen. Rechnen Sie sich diese Erhöhung der 30 % igen Unterstützung einmal aus. Gibt es jemand hier im Hause, der mit dieser Erwerbslosenunterstützung sich und seine Familie ernähren kann? Er möge nachher hierhertreten und das begreiflich machen. Dann heißt es, die Regierungskommission ist bereit, Kredite zur Verfügung zu stellen. Um die Anwendung dieser Kredite auch richtig zu kontrollieren, soll eine Kommission eingesetzt werden. Vielleicht ist Herr Staatskommissar so freundlich und sagt uns nachher einmal, wie die Zusammensetzung dieser Kommission aussehen soll. Bisher konnten wir feststellen, daß die Regierung sehr viele Mittel aufgewandt hat zu allen möglichen Dingen,nur nicht zu kulturellen Sachen im Interesse des Fortschritts der Gesellschaft überhaupt. Ich brauche in diesem Zusammenhang nur folgendes zu erwähnen: Wir haben in unserer Bergarbeitergemeinde schon lange ein Kinderheim errichtet. Wir haben auch vor zwei Jahren ein neues Kinderheim erbaut. Die Regierung hat dazu keinen Centimes bewilligt. Aber die Regierung, will sich heute Herr über das machen, was wir durchgeführt haben, und sagt: "Wir verlangen,daß uns die endgültige Entscheidung darüber gegeben wird, welches Personal dort eingestellt wird."

(Zuruf des Staatskommissars Dr.Heim: Darf ich Ihnen gerade erwidern ?)

Vorsitzender:

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Dr.Heim!

Staatskomissar Dr. Heim: Herr Reinhard, Sie haben meine Ausführungen nicht genau verfolgt, sonst wären Sie nicht zu diesem Schluß gekommen. Ich habe ausdrücklich und wiederholt es noch einmal gesagt: Die Regierungskommission beauftragte eine Spezialkommission mit der sofortigen Prüfung der Frage der alsbaldigen Ausführung von solchen öffentlichen Arbeiten der Gemeinden, zu denen Zuschüsse seitens der Regierungskommission nach dem Etat 1927 und 1928 infrage kommen. Das sind also die Gemeinden, die alljährlich wiederkehrende Zuschüsse bekommen, und zwar in der Hauptsache für Wasserleitungen und Straßenbau. Jetzt soll nur mit Rücksicht auf die gesteigerte Erwerbslosigkeit ein rascheres Tempo eintreten. Es ist nicht daran gedacht,irgendwie eine Kontrolle der Gemeinden auszuüben, sondern lediglich die alljährlich wiederkehrenden Zuschüsse nach bestimmten Richtlinien mit Rücksicht auf die erhöhte Erwerbslosigkeit zu erhöhen. Das ist etwas ganz anderes, wie Sie es hier ausgeführt haben.

Abg. Reinhard fortfahrend:

Meine Herren! Ich muß feststellen,daß die Ausführungen des Herrn Staatskommissars das gerade bestätigen, was ich ausgeführt habe. Ich habe nämlich gesagt, daß die Regierungskommission eine Kommission bestimmt habe, die die Dinge prüfe, und habe dann gesagt, daß es uns interessiert,zu erfahren, wie diese Kommission zusammengesetzt wird. Es ist von Ihnen gesagt worden, daß die Regierungskommission keine besonderen Mittel zur Verfügung stellt, sondern daß sie nur die Mittel zur Verfügung stellt,die sie auch zur Verfügung gestellt hätte, wenn keine erhöhte Erwerbslosigkeit eingetreten wäre. Nur sollen die Arbeiten beschleunigt werden. Das ist die Konsequenz der Ausführungen des Herrn Staatskommissars.

(Zuruf des Staatskommissars Dr.Heim: Weil es die Gemeinden betrifft,wohl bemerkt,Herr Reinhard!)

Ich stelle dazu fest, daß es nichts anderes ist, als daß die Regierungskommission keine besonderen Mittel zur Verfügung stellt, sondern es wird eine Kommission hingeschickt, die nur prüft. Ich habe daran die Frage geknüpft, wie die Zusammensetzung der Kommission aussieht, weil wir feststellen konnten, daß gerade die ärmsten Arbeitergemeinden in dieser Frage bisher übergangen wurden.Das war das, was ich zu dieser Frage ausgeführt habe. Meine Herren! Sie haben an der Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung gesehen, daß doch keinesfalls diese Unterstützung in der Lage ist, die Arbeiterschaft vor dem Hungertode zu beschützen.

Was

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

Was soll ein Familienvater anfangen mit 6 Franken Erwerbslosenunterstützung ? Wie soll er denn seine Familie, sich,Frau und Kinder ernähren? Meine Herren,vielleicht gibt auch darüber der Herr Staatskommissar Auskunft. Und weiter, was gedenkt denn die Regierung zu tun, um die entlassenen Bergarbeiter, die bisher in den Koloniewohnungen der Grube wohnten und denen die Grubenverwaltung mit der Entlassung die Wohnungen kündigt und sie auf die Straße schmeißt, anderweitig unterzubringen? Man hat in einigen Fällen schon mit dem Hinauswurf begonnen. Bisher bietet das Gesetz keine Handhabe, das zu verhindern. Wir fordern hier ein generelles Verbot, daß die Bergverwaltung oder irgendein anderer Privatunternehmer, der einen Arbeiter durch die Rationalisierung entläßt, ihn auch auf die Straße setzen kann. Das muß unbedingt jetzt von der Regierung erlassen werden. Oder will man, daß die entlassenen Arbeiter auch gleichzeitig auf den Friedhof auswandern, daß sie sich in der Verzweiflung umbringen sollen ? Denken Sie sich doch einmal hinein in die Lage einer Arbeiterfamilie. Man wird auf die Straße geworfen und man wird aus der Wohnung geworfen. Man steht vor einem Nichts. Was soll mit einem geschehen ? Was gedenkt hier die Regierung zu tun? Hier müssen Maßnahmen durchgeführt werden,denn so kann es nicht bleiben, daß einfach die Bergverwaltung das Recht hat, die Arbeiter, nachdem sie sie auf die Straße geworfen hat, auch aus der Wohnung herauswirft. Das ist eine Forderung, die wir außerdem unbedingt erheben müssen.

Nun noch ein paar Bemerkungen zu der

<u>Sozialversicherung.</u>

Meine Herren! Wir haben mit der Regierungskommission- Herrn Koßmann, dem Vertrauensmann des Zentrums, als Minister für dieses Ressort-verhandelt und man hat eigens zum Zwecke der Durchführung der Forderungen der Sozialversicherten einen Fachmann von Berlin kommen lassen, und was ist bis heute geschehen ? Sind die Renten der Sozialversicherten so erhöht- ich will einmal bescheiden sein-,daß sie die Kaufkraft besitzen der Vorkriegszeit ? Niemand wird das behaupten können. Wo bleibt denn hier die Tätigkeit jener Abteilung der Regierungskommission, die einem deutschen Minister,einem ehemaligen Bergmann, untersteht. Unsere Forderungen als Fraktion, die wir an diese Abteilung gerichtet haben, die hat man sogar unbeantwortet gelassen. Ein Zeichen, daß man es wohl mit schönen Redensarten in der Vergangenheit sehr gut verstanden hat zu operieren, aber Taten sind keine vollbracht worden. In demselben Moment, wo in Deutschland,im Reiche, in der Regierung Zentrumsmänner in demselben Ressort sitzen, die die Abmachungen betr. der Verhandlungen der Sozialrenten, in demselben Moment, wo die deutsche Regierung den fortgelaufenen Fürsten Millionen nachgeworfen hat, kann den

<u>Sozialversicherten</u>

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

Sozialversicherten ihre Rente nicht gegeben werden. Und man muß einmal ganz offen sagen, wie die Dinge liegen. Die Mehrzahl der Sozialversicherten, der Rentenempfänger, haben ihre Beträge in die deutsche Sozialversicherung gezahlt. Sie mußten sie zahlen kraft Gesetzes. Sie wurden ihnen am verdienten Lohn abgezogen. Und nun benutzt man dieses Geld, um Panzerkreuzer zu bauen und fortgelaufene Fürsten zu bezahlen. Aber für die Sozialversicherten ist kein Geld da, sind keine Mittel vorhanden.

Und nun zum

Saargebiet.

Meine Herren! Die Jahresabrechnung, die uns zugegangen ist, hat uns mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß sogar die vorgesehenen Summen im Etat in den Steuervorlagen bei weitem überschritten werden, und merkwürdigerweise in zwei Steuerarten überschritten wurden, die auf der werktätigen Bevölkerung lasten. Die Einkommen-und Umsatzsteuer,die erdrückend auf der werktätigen Bevölkerung lasten, haben über 20 Millionen mehr eingebracht als vorgesehen waren, während auf der anderen Seite die Vermögenssteuer nur ein Viertel desjenigen gebracht hat, was vorgesehen war. Es wird wohl so sein,wie Herr Röchling sagt, daß es keine reichen Leute mehr im Saargebiet gibt.

(Zurufe: Sehr richtig !)

"Sehr richtig" wird natürlich gerufen. Wenn man aber hier auf einer Seite Bälle veranstaltet und Fr. 50.- Eintritt zu Wohltätigkeitszwecken erhebt, dann müssen auch reiche Leute da sein.

(Zurufe: Sehr gut !)

Aber was geschieht mit den eingegangenen Mitteln, die zweifellos aus der arbeitenden Bevölkerung herauskommen? Alle Mittel werden von der werktätigen Bevölkerung aufgebracht. Wenn wir uns den Etat anschauen, finden wir Millionen für das Landjäger-Korps eingesetzt. Wir haben nicht vergessen, daß die bürgerlichen Parteien nach Genf gingen und sich für dieses Landjäger-Korps eingesetzt haben. Es waren Vertreter der bürgerlichen Parteien die erklärt haben: "Wir erklären uns bereit, für diese Landjäger die Steuern aufzubringen. Millionen werden ausgegeben für diesen unnützen Zweck. Sie alle haben schon erklärt, die Arbeiter des Saargebietes seien friedfertige Menschen und alle Demonstrationen haben das gezeigt trotz niederträchtiger Provokationen. Trotz der Hetze bürgerlicher Zeitungen hat bisher die Arbeiterklasse sich immer wieder ruhig verhalten,trotzdem man sie blutig zusammengehauen hat, als sie versuchten,gegen ihr Elend zu demonstrieren. Und jener Apparat wird

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

90

auf Kosten der Bevölkerung erhalten und bekommt Millionen zugewiesen. Ein anderes Kapitel, wenn man über die Not redet: Ich kann mich entsinnen, wie ein Pfarrer hier sich eingesetzt hat, daß die Gehälter der Geistlichen zu niedrig seien und daß sie erhöht werden müßten. Die Regierung hat dem Rechnung getragen. Diese Gehälter werden gezahlt aus der Landeskasse aus jenen Steuergroschen von den Nichtgläubigen, die nach Ansicht vieler Leute minderwertige Menschen sind. Ferner werden aus dem Budget des Landes gezahlt, in dem kein Geld für die schaffende Bevölkerung ist: besondere Aufwendungen an die Bistümer Trier und Speyer. Dafür kann sich kein Arbeiter etwas kaufen. Ferner werden aus Steuereingängen den Religionsgemeinschaften, die private Einrichtungen sind, Millionen zugewiesen. Sie haben einen Anteil an der Lohnsteuer erhalten und bekommen außerdem noch besondere Millionen zugewiesen. Außerdem werden Gehälter aus den übrigen Steuern bezahlt. Ist das nicht ein ungeheuerer Zustand auf der einen Seite? Und nun ein Punkt,

<u>die Gehälter der Herren Minister</u>.

Ich kann mich gut entsinnen, daß eine Zeitung des Saargebietes

(Zuruf: Die Saarbrückering !)

ein mal schrieb, daß wir deshalb immer so schlechte Präsidenten bekämen, weil das Gehalt sehr niedrig sei. Der Etat gibt dem Präsidenten 750 000 Franken Gehalt.

(Zurufe: Stimmt nicht !)

Nein, 175 000.-Franken, ich habe mich versprochen. Ich wollte sagen, daß 5 Minister zusammen 750 000.- Franken Gehalt haben. Ist das zu wenig Gehalt? Vergleichen Sie einmal dieses Gehalt von 175 000.- Franken mit der Erwerbslosen-Unterstützung eines Bergmannes, der dreißig Jahre geschuftet hat und Fr. 6.-pro Tag erhält, der vielmehr gearbeitet hat wie ein Präsident, den man hierher geholt hat. Dieses Geld wird gezahlt aus den Knochen der Arbeiter, die noch mehr schuften sollen für ihre hinausgeworfenen Kameraden. Da sagen Sie immer und betonen; Diese Gesellschaftsform, wie sie heute besteht, muß unbedingt erhalten werden. Und Sie wagen noch zu schreiben: Dieses Gehalt ist noch zu gering, man bekommt dafür keinen guten Präsidenten des Saargebietes. Wenn Sie alle diese Fragen näher betrachten, und hören auf der anderen Seite die Klagen jener Kreise, die zwischen Arbeiter und Kapiatlismus stehen, des Mittelstandes, die werden nicht begreifen, daß alle diese Beamten, auch höhere Beamten mit 4- 6000 Franken Gehalt pro Monat, sogar das vielgeliebte Vaterland verklagt haben. Der Arbeiter kann nicht klagen, man stellt

<u>die</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4 1

die Arbeiter hin als Raufbolde,wenn sie aus Verzweiflung auf die Straße gehen. Aber diese hohen Gerichte,von denen die Arbeiter ins Gefängnis geworfen werden, besitzen die Unverschämtheit,die deutsche Regierung zu verklagen, weil man ihnen nicht solche Gehälter gibt,wie sie ihnen angeblich zugesichert waren.

Und noch ein paar Bemerkungen zu den oberen Kommunalbeamten des Saargebietes. Diese gehen dazu über und verklagen die Kommunen zur Zahlung von Summen bis zu 2000.-Franken als sogenannte Betreuungsgelder ohne Rücksicht darauf, ob die Steuerkraft der Gemeinden es zuläßt. Soll das so weitergehen ?

Wir klagen in diesem Hause die kapitalistische Gesellschaftsordnung an, da sie dazu übergeht, die Menschen dem Hunger und der Verzweiflung entgegen zu jagen und dann, wenn sich diese Menschen gegen die bestehenden Gesetze vergehen, sie in's Gefängnis wirft. Die Arbeiter werden, wenn sie arbeitslos auf der Straße stehen und in ihrer Not zum Verbrecher werden, in's Gefängnis geworfen. Der satte Bürger freut sich, wenn er morgens in der Zeitung liest, daß man wieder einen Verbrecher eingesperrt hat. Der Arbeiter kann aber nicht anders, denn er muß leben, er muß den Kampf um's Dasein führen und wenn ihm die bürgerliche Gesellschaft das Brot nimmt, muß er andere Mittel und Wege finden. Das sind nicht diejenigen Arbeiter, die klassenbewußt sind, sondern andere.

Wir fordern daher von der Regierungskommission eine andere

<u>Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung</u>

und verlangen kategorisch, daß Maßnahmen ergriffen werden, diese Zustände abzuändern. Und wenn es nicht anders kommt, werden wir Mittel und Wege finden, um die gesamte Arbeiterklasse gegen jene zu führen, die sie hier unterkriegen will. Gerade hier im Saargebiet. Der Bergmann hat an der Wiege der Menschheitskultur gestanden und er ist derjenige, aufgrund dessen Arbeit der jetzige technische Fortschritt möglich war. Ohne die Bergmannsarbeit keine Eisenbahn, keine Flugzeuge. Diejenigen, die die Arbeitskräfte ausnutzen dadurch, daß sie heute die Macht besitzen, die aber noch nie in die Erde hineingestiegen sind, um zu schuften,haben nicht länger Recht, andere zu unterdrücken. Deshalb werden wir nicht eher ruhen und rasten, bis die verfluchte kapitalistische Gesellschaftsordnung von heute beseitigt ist. Das wird der endgültige Ausweg sein, ein Zwischending gibt es nicht.

(Bravo-Rufe der Kommunisten!)

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4 1

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Röchling!

Dr. Röchling (DSV): Meine Herren! Die Rede, die der Herr Abgeordnete Reinhard gehalten hat, wird den entlassenen Bergleuten sehr wenig helfen. Vielleicht hat er damit auch nicht gerade erleichtert, das zu erreichen, was wir brauchen. Die Dinge liegen verhältnismäßig einfach. Es handelt sich nicht darum, hier eine kommunistische Wahlrede zu halten, denn damit kommt nicht ein Bergmann in die Grube zurück und wird nicht eine Tonne Kohlen mehr abgesetzt. Ich bedauere, daß diese Rede in dieser Form gehalten worden ist. Es kommt vielmehr allein darauf an, wie können wir den Bergleuten helfen ? Diese Frage ist natürlich nicht einfach. Die Ursachen der gegenwärtigen Schwierigkeiten im Saarbergbau sind verhältnismäßig leicht zu übersehen. Eine der wesentlichsten Ursachen ist die Tatsache, daß der französische Bergfiskus überall im Verkauf versagt hat. Neuerdings hat er in Italien enorm an Absatz verloren. Aber nicht nur in Italien, sondern auch in Frankreich sind ihm in den letzten Wochen sehr große Abschlüsse weggenommen worden und zwar von den Firmen "de Wendel" und "Sarre et Moselle". Diese französischen Firmen haben es fertiggebracht, den französischen Bergfiskus bei der Elsaß-Lothringischen Bahn aus dem Absatz herauszubringen. Der französische Staat ist also nicht einmal stark genug, im eigenen Lande bei den eigenen Bahnen sich den Absatz zu sichern. Was heißt das? Es heißt nicht mehr und nicht weniger, als daß die derzeitige Leitung der Saargruben heute in Frankreich keinen Einfluß mehr hat. Mir ist es unverständlich, wie so etwas möglich sein kann.

(Zuruf des Abg.Reinhard: Warum werden Zechen stillgelegt ?)

Zurzeit werden keine Zechen stillgelegt! Im übrigen werden naturgemäß nur sehr alte Gruben stillgelegt, die nicht mehr konkurrenzfähig sind.

(Unverständliche Zurufe des Abg.Reinhard!)

(Glocke des Vorsitzenden !)

Vorsitzender: Herr Reinhard, Sie haben vorhin Gewicht darauf gelegt, ruhig angehört zu werden. Wollen Sie dasselbe Recht auch anderen Mitgliedern zukommen lassen !

Abg. Röchling (DSV) fortfahrend: Eine weitere Ursache der Kohlenkrise im Saarbergbau ist die Tatsache, daß der Absatz nach Deutschland, der vor dem Kriege 300 000 Tonnen monatlich betrug, rund 200 -220 000 Tonnen verloren hat. Wenn die Grubenverwaltung

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

diese Tonnenzahl wieder nach Deutschland liefern könnte, dann wären die 4 Feierschichten pro Monat, die im vergangenen Jahre eingelegt werden mußten, nicht nötig gewesen.

Die schwierige Frage, wie kommen wir aus dieser Situation heraus, ist nicht mit Redensarten zu beantworten. Die Parteien haben sich bemüht, in Berlin eine Unterstützung der abgelegten Bergleute zu erzielen. Ich bin selbst von Amt zu Amt gelaufen und habe auch allerhand Zusagen bekommen, die aber nicht verkündet worden sind, weil sich im Laufe der Zeit Verhandlungsschwierigkeiten ergeben haben. Ich möchte nicht weiter darauf eingehen. In dem Moment, als sich Schwierigkeiten ergaben, habe ich mich zurückgehalten; denn wenn keine Einmütigkeit in der Zusammenarbeit- . besteht und gewisse Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind, ist es besser, man läßt jeden versuchen, wie weit er kommt.

Sachlich liegt die Sache so, daß es meines Erachtens möglich sein muß, in nicht allzu langer Zeit einen Mehrabsatz von 100 000 Tonnen nach Deutschland zu erzielen. Dies zu erzielen wird natürlich nicht möglich sein ohne ein vollkommen geschlossenes Vorgehen der gesamten Saarbevölkerung; denn es ist nicht so einfach, in den geregelten Verkehr der Eisenbahn hineinzudringen und eine Änderung des ganzen jetzigen Kohlen-Versorgungssystems zu erlangen. Bei der Reichsbahn hat man die Betriebe seit einer Reihe von Jahren auf ganz bestimmte und regelmäßige Versorgungsmethoden eingestellt. Man hat Fahrpläne eingelegt, die es ermöglichen, an den Strecken des Rheins die Kohlen außerordentlich billig zu entnehmen. Große Mengen werden da verfrachtet und so billig verfrachtet, daß sie sogar mit denen auf dem Rheinstrom in Konkurrenz treten können. Dadurch machen sich Schwierigkeiten bemerkbar, die es nicht ohne weiteres möglich machen, daß wir von heute auf morgen das erreichen, was wir wollen. Es muß umgestellt werden und diese Umstellung ist mühsam. Aber ich bin persönlich durchaus überzeugt, daß es gelingen muß und gelingen kann, an die deutschen Reichsbahnen etwa 150 000 Tonnen pro Monat zu verkaufen. Die Schwierigkeit besteht natürlich darin, daß der französische Staat zu den Verhandlungen mit den zuständigen Berliner Stellen Leute hinschickt ohne Vollmachten, ohne wirklichen Einfluß. Das geht nicht an. Man muß Leute hinschicken, die auch etwas verstehen und bevollmächtigt sind. Herr Defline oder Herr Saillard oder wer sonst, muß selber gehen und sagen: Ich gehe nicht eher hier fort, bis die Sache geregelt ist. Nur auf solche Weise macht man große Geschäfte, aber nicht, wenn man irgend einen kleinen Mann ohne Vollmachten schickt.

(Zuruf des Abg. Reinhard: Vielleicht fahren Sie hin !)

Ich

LR Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

Ich bin mehr wie einmal dort gewesen in der Sache, Sie halten ja nur große Reden!

(Lachen bei den Kommunisten!)

(Zuruf des Abg. Reinhard: Sie nicht ?)

Andere Leute handeln.

(Zuruf des Abg-Reinhard: Wir merken das an der Arbeiterschaft in den letzten 2 Jahren, wie Sie handeln!)

Ich glaube, es ist nicht sehr zweckmäßig, mich mit Ihnen über diese Dinge auseinanderzusetzen; wir werden uns doch nicht einigen.

(Zuruf des Abg. Reinhard: Das glaube ich auch nicht!)

Ich wäre absolut auf dem Holzwege, wenn ich mich mit Ihnen einigen würde. Ich kann Ihnen nur das eine sagen, daß Ihre ganze kommunistische Idee heller Blödsinn ist.

(Lachen des Abg. Reinhard)

In Rußland hat der Bolschewismus, um die kommunistische Idee aufrechtzuerhalten, 4 Millionen Menschen umgebracht und weitere 5 Millionen hat man verhungern lassen; das sind zusammen 9 Millionen Menschen.

(Zuruf des Abg. Reinhard: Wieviel wurden denn im Weltkrieg umgebracht ?)

9 Millionen Menschen haben sie in Rußland umgebracht, um das kommunistische System aufzubauen!

(Zuruf des Abg. Heckler: Haben Sie sie gezählt?)

(Zuruf des Abg. Reinhard: Wieviel sind denn im Weltkriege umgebracht worden?)

Sie können natürlich Ihr System schließlich durchbringen mit solchen Mitteln. Aber das ist genau so widersinnig, als daß man ständig auf den Händen geht. Kluge Leute gehen auf den Füßen, und nicht auf den Händen!

(Zuruf des Abg.Reinhard: Der Weltkrieg hat 20 Millionen Menschen gekostet zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaft!)

Vorsitzender: Wir dürfen aber jetzt doch zur Sache zurückkehren!

Abg. Röchling fortfahrend: Die zweite große Schwierigkeit

für

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

für den Kohlenabsatz, die auf der technischen Entwicklung der Industrie berugt, ist die Tatsache, daß wir heute weniger Kohlen brauchen als vor dem Kriege. Es ist dies halt eine der Ursachen, weshalb es uns schließlich gelungen ist,trotz Steigerung der Löhne um 150 % mit einem Verkaufserlös von 115 % der Vorkriegspreise auszukommen. Hinsichtlich des Kohlenabsatzes bedeutet das, daß die deutsche Eisenindustrie imvergangenen Jahre rund 26 Millionen Tonnen Kohlen weniger verbraucht hat, als im Jahre 1913. Das sind eben gewaltige Zahlen. Und diese gewaltigen Zahlen, die nicht bloß bei der Eisenindustrie, sondern auch weit darüber hinaus in der gesamten übrigen Industrie sich geltend machen, machen sich nunmehr geltend in einem starken Rückgang des Verbrauches. Sie können über eine derartige technische Entwicklung nicht hinweggehen. Wenn die technische Entwicklung nicht wäre, dann wäre es überhaupt nicht möglich,den Austausch zwischen industriellen und landwirtschaftlichen Produkten zu bewerkstelligen. Wenn Sie sich ansehen, worauf die große landwirtschaftliche Krisis in der Welt beruht, so lediglich auf der Tatsache, daß die städtische Bevölkerung dem Bauer nicht das zahlt, was er braucht, um seine Wirtschaft aufrechtzuerhalten.

(Zuruf des Abg.Reinhard: Von was dann? Sie haben ja keinen Lohn !)

Ehe nicht die Erkenntnis kommen wird,daß der Bauer unser größter Abnehmer ist, daß er wiklich derjenige ist, der der Industrie die Produkte abnimmt und damit tatsächlich die Industriearbeiter ernährt, eher wird eine wirkliche Besserung der Wirtschaftslage nicht eintreten.

Nun der Weg, wie wir weiterkommen.Wir fahren ja dieser Tage wieder nach Genf und werden dort wieder verhandeln. Wir haben dort manchmal schon Hilfe gefunden und werden auch diesmal wieder versuchen, ob sich irgend etwas erreichen läßt. Es wäre wünschenswert, daß jemand von den christlichen Gewerkschaften mitfährt, damit wir ganz bestimmt nicht noch einmal aneinander vorbeireiten. Denn das ist das allerschlimmste, was man tun kann.

Den Antrag der Sozialdemokratischen Partei möchte ich außerordentlich warm unterstützen. Der Bau der Ostertalbahn ist ein altes Projekt,das seit über 30 Jahren schwebt. Der Bau der Ostertalbahn würde im Saargebiet selber eine Erschließung von Kohlenfeldern in der nordöstlichen Gegend ermöglichen,- und zwar nach meiner Kenntnis der Dinge Kohlenfelder, die Fettkohlen enthalten, d.h. diejenige Sorte der Kohlen, die am leichtesten auf die Dauer abzusetzen ist. Es ist mir nicht bekannt, wie die Sachlage zur Zeit ist; aber ich möchte an

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

den Herrn Staatskommissar die dringende Bitte richten, daß die Regierungskommission sich dieser Sache mit aller Ernsthaftigkeit annimmt, denn da werden Werte geschaffen, die dauernd dem Saargebiete große Vorteile bringen können. Daß wir selbstverständlich dafür sind, daß auch im Bau und Umbau der Straßen usw. das erforderliche geschieht, brauche ich nicht besonders zu betonen. Ich hoffe, daß die jetzige Bauperiode des Sommers dazu gründlich ausgenutzt wird.

Ich habe noch eins zu sagen, über die Wirtschaftsnöte, die auch sonst hier in der Industrie sich bemerkbar macht. Besonders schlimm sehe ich die Lage bei Ehrhardt und Sehmer an. Ich habe mich in dieser Hinsicht bemüht, Herr Schmelzer hat es getan und eine Reihe von anderen Herren auch. Unsere Bemühungen gingen dahin, den Besitz wieder in die Hände des deutschen Kapitals zu bringen. Es ist uns nicht gelungen. Es ist leider zum Teil von einer Reihe von Stellen, die in Frage gekommen wären, nicht das Interesse der Sache gewidmet worden, das ich gern gesehen hätte. Es ist von vornherein klar gewesen, daß die Folgen eintreten mußten, wie sie jetzt sich abzeichen, die Sanierung von Ehrhardt & Sehmer so durchzuführen, daß der deutsche Einfluß gestärkt wurde. Denn die Sanierung unter Überführung in deutsches Kapital hätte die Möglichkeit geboten, auf dem deutschen Absatzgebiete wieder mehr Fuß zu fassen. Ich bin soweit gegangen, daß ich mich sogar bereit erklärte, Herr Reinhard, als Strohmann der kommunistischen Regierung in Rußland die Geschäfte hier zu führen

(Zurufe aus dem Zentrum: Hört, hört !)

im Interesse der hiesigen Arbeiter-und Beamtenschaft. Es haben ganz ernsthafte Verhandlungen darüber stattgefunden, die leider im letzten Moment sich zerschlagen haben.

(Zuruf des Abg. Schmelzer: Haben Sie keine Mitteilung darüber von Herrn Reinhard bekommen ?)

Darüber erzählt Herr Reinhard nichts, daß man Kapitalisten braucht, um ein solches Geschäft zu führen, das paßt nicht in sein Bild hinein. Leider ist aus der Sache nichts geworden.

(Zuruf des Abg. Reinhard: Was war das ? Ich habe nichts gehört !)

- Lachen -

Ich erzähle es Ihnen nachher noch einmal. Die anderen Herren haben es gehört und sich köstlich gefreut; zweimal macht man die Freude nicht.

- Lachen -

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4 1

Wie die Sache nun weitergehen soll, weiß ich nicht. Ich sehe sehr schwarz in die Zukunft. Meine Herren, ich schließe meine Ausführungen und bitte die übrigen Parteien, den Antrag der sozialdemokratischen Partei zu unterstützen.

(Bravo - Rufe !)

Vorsitzender: Meine Herren! Ich stelle fest, daß Sie mit tiefem Ernst den Ausführungen über die Wirtschaftslage gefolgt sind. Ich möchte die Hoffnung daran knüpfen, daß recht bald die Hilfsmaßnahmen im Interesse der durch die Wirtschaftslage Betroffenen einsetzen.

Den Antrag der Sozialdemokratischen Partei betreffend der Ostertalbahn darf ich wohl als den einstimmigen Antrag des ganzen Landesrates bezeichnen. - Widerspruch erhebt sich nicht!

Das Wort hat Herr Abgeordneter Petri!

Abg. Petri (SP): Meine Herren! Herr Reinhard hat in seinen Ausführungen erwähnt, daß die Gewerkschaften im Einvernehmen mit der Bergwerksdirektion bezüglich der Entlassungen verhandelt hätten. Ich muß dies richtig stellen und noch einmal betonen, daß es nicht zutrifft, daß die Gewerkschaften mit der Bergwerksdirektion verhandelten. Die Gewerkschaften haben lediglich auf der Bergwerksdirektion vorgesprochen und Auskunft verlangt über die Absicht der Bergwerksdirektion und gegen die Entlassungen Protest eingelegt. Wenn Herr Reinhard weiter diese Behauptung aufrecht erhält, muß ich Verwahrung einlegen und ihm sagen, daß die Gewerkschaften auf der Bergwerksdirektion vielleicht nicht so gern gesehen sind wie Herr Reinhard. Denn bei einer Gelegenheit hat Herr Massing dies zum Ausdruck gebracht indem er sagte: "Meine Herren, mit Ihnen komme ich nicht überein, während ich mit Herrn Reinhard sehr gut fahre."

- Lachen und Heiterkeit -

Vorsitzender

LT Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

LTA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

28

Stenographischer Bericht

über die am Samstag,den 3.März 1928 im Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Saarbrücken stattgefundene Sitzung des Landesrates.

- o O o -

T e i l II.

- 0 -

Vorsitzender: Wir kommen jetzt zu Punkt 1 der Tagesordnung betr.:

Organisation des Arbeitsnachweiswesens im Saargebiet.

Hierzu hat Herr Abgeordneter Heckler einen ausführlichen schriftlichen Bericht vorgelegt.
Ich erteile Herrn Heckler das Wort zu weiteren Ausführungen.

Abg. Heckler (KP): Der Bericht zum Entwurf einer Verordnung betr. Organisation des Arbeitsnachweiswesens im Saargebiet habe ich Ihnen schriftlich vorlegen lassen. Wie Sie daraus ersehen, sind wir in der Kommission zu einer Einigung in den meisten Fällen gelangt. Ich kann daher von weiteren Ausführungen Abstand nehmen.

Vorsitzender: Ich bitte, die drei nächsten Punkte der Tagesordnung zusammenzufassen, damit wir uns nicht allzuweit in Einzelheiten zu verlieren brauchen. Wir fassen also die Punkte 2, 3 und 4 der Tagesordnung zusammen.
Zu Punkt 1 hat Herr Abgeordneter Kiefer das Wort.

Abg. Kiefer (Z): Ich kann mich ganz kurz fassen, meine Herren, und zwar aus folgenden Erwägungen heraus. Der Herr Staatskommissar hat gesagt, der Entwurf des Arbeitslosen-Versicherungsgesetzes sei der Arbeitskammer zugeleitet oder werde ihr in den nächsten Tagen zugeleitet werden. Wir haben die Tatsache zu verzeichnen, daß drüben im Reiche Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sich in einem Guß befindet. Ich halte es daher für überflüssig, jetzt in eine große Debatte über dieses Gesetz einzutreten, da sie ja doch bei dem in Kürze zu erwartenden Entwurf erfolgen muß. Wenn aber trotzdem von den übrigen Parteien gewünscht wird, daß bis zum Inkrafttreten des Arbeitslosenversicherungsgesetzes dieser Entwurf noch in Kraft gesetzt werden soll, dann stimmen wir dem Entwurf mit den in der Kommission beschlossenen Änderungen zu, soweit sie nicht mit den Änderungen übereinstimmen, die von der Arbeitskammer getroffen worden sind und mit den Änderungen, die an den Text des deutschen Gesetzes angepaßt wurden.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Vorsitzender : Das Wort hat Herr Abgeordneter Reinhard!

Abg. Reinhard (KP): Da die Fragen zweifellos sehr wichtig sind und die ganze Angelegenheit das Ressort des Herrn Ministers Koßmann betrifft, beantrage ich, daß das Haus beschließen möge, der Herr Minister Koßmann möge selbst herkommen und vortragen, was die Regierung zu tun gedenkt.

Vorsitzender: Über den Antrag können wir nicht beschließen. Die Regierungskommission ist ja vertreten durch den Herrn Staatskommissar Dr. Heim.

LR Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Betz !

Abg. Betz (SP): Meine Herren! Es ist nicht möglich, zu dem vorliegenden Entwurf Stellung zu nehmen, ohne auch die Arbeitslosigkeit und die Möglichkeit ihrer Bekämpfung einer Betrachtung zu unterziehen. Ich will hierbei zunächst von den besonderen Verhältnissen des Saargebietes absehen und das Problem als solches behandeln.

Die Ursachen der Arbeitslosigkeit wie sie sich in der Nachkriegszeit in vielen europäischen Ländern in einem früher nie gekannten Ausmaße gezeigt hat, sind sehr verschieden, die bekanntesten sind folgende: 1. der Einfluß der Jahreszeiten, 2. die Konjunkturschwankungen,3. die Rationalisierungsmaßnahmen,4. die Folgen des Krieges.

Unter dem Einfluß der Jahreszeiten leidet seit altersher insbesondere das Baugewerbe und die mit ihm in enger Verbindung stehende Industrie der Steine und Erden. Aber auch andere Berufsgruppen werden durch ihren Saisoncharakter beeinflußt. Ich erinnere an die Abhängigkeit der Hotelangestellten in Kurstädten von der Kursaison, an den Einfluß der verschiedenen Jahreszeiten auf die Mode und die mit ihr in Verbindung stehenden Berufe,an die Bedeutung gewisser Feiertage, wie Weihnachten, Ostern oder des Faschings,für die Spielwarenindustrie und andere Erwerbszweige.

Die Konjunkturschwankungen beschäftigen das Wirtschaftsleben,seitdem wir von einer Industrialisierung sprechen können. Sie werden hervorgerufen durch die Wechselwirkungen zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Geld=und Warenmarkte.

Rationalisierungsmaßnahmen hat es auch vor dem Kriege gegeben. Aber in einem langsamen,steten Fortschritt und nicht in dem rasenden Tempo, wie dies in der Nachkriegszeit in Erscheinung getreten ist.

An Kriegsfolgen, die den Arbeitsmarkt beeinflussen, sind insbesondere zu erwähnen: Inflation,Deflation,Verringerung des Volksvermögens, die persönlichen Opfer, welche der Krieg gefordert hat,die Reparationsverpflichtungen und die Beeinträchtigung der internationalen Beziehungen.

Damit habe ich die hauptsächlichsten Ursachen der Arbeitslosigkeit genannt. Ich wende mich jetzt den Möglichkeiten ihrer Bekämpfung zu. Es muß Aufgabe der Öffentlichkeit sein, die ungünstige Beeinflussung der Saisongewerbe zu beseitigen. Dazu ist notwendig, daß mit der falschen Auffassung,als ob die verschiedenen Zweige des Baugewerbes nur in den Sommermonaten beschäftigt werden könnten,gebrochen wird. Das Baugewerbe kann und muß auch im Winter Beschäftigung finden. In unserer Gegend tritt nur selten eine Kälteperiode ein, welche die Bautätigkeit wirklich lahmlegt.In diesem Winter war es nur die kurze Kälteperiode

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4 I

1[illegible]3

vor Weihnachten. Seitdem ist die Witterung fast ebenso günstig gewesen wie im Sommer. Auch besteht die Möglichkeit, bei Temperaturen bis zu 4 Grad Kälte Maurerarbeiten durchzuführen. Technische Maßnahmen können diese Möglichkeiten noch steigern.

Die öffentlichen Körperschaften müssen hier bahnbrechend vorgehen, indem sie die Durchführung der von ihnen ausgehenden Bauaufträge und sonstigen Arbeiten auf die Winterzeit verlegen.

Wir müssen so zu einer systematischen Arbeitsverschiebung gelangen und auf diese Weise den Saisoncharakter des Baugewerbes beseitigen.

Die Beseitigung bezw. Abschwächung der Konjunkturschwankungen ist mehr eine Aufgabe der Volkswirtschaftslehre. Wir besitzen seit einigen Jahren an der Kieler Universität ein besonderes Institut für Konjunkturforschung. Nach Äußerungen namhafter Volkswirtschaftler hofft man durch Maßnahmen finanzieller Art die Spannungen zwischen Hochkonjunktur und wirtschaftlicher Depression abzuschwächen und damit einen ruhigeren Fortgang der Wirtschaft zu erzielen. Als Sozialisten verkennen wir keineswegs die Bedeutung dieser Untersuchungen; sind aber grundsätzlich der Auffassung, daß Konjunkturschwankungen in erster Linie der Planlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die nicht auf Bedarfsbefriedigung, sondern auf Profitrücksichten eingestellt ist, zuzuschreiben sind.

Rationalisierungsmaßnahmen hat es, wie bereits erwähnt, auch vor dem Kriege schon gegeben. Aber in ruhiger, steter Entwicklung und nicht in dem rasenden Tempo der letzten Jahre. Kein vernünftiger Mensch kann gegen die Verwertung technischer Neuerungen etwas einzuwenden haben. Aber, was wir in den letzten Jahren erlebt haben, geht entschieden zu weit. Wenn die Rationalisierung nur dazu bestimmt sein soll, menschliche Arbeitskräfte freizugeben und dadurch die Profitrate der Unternehmer zu erhöhen, so stellt sie einen Auswuchs dar und dieser Auswuchs muß aufs schärfste bekämpft werden. Was nützt es, volkswirtschaftlich betrachtet, wenn auf der einen Seite Produktion und Profitrate der Unternehmer erhöht werden, aber auf der anderen Seite Millionen von Volksgenossen in das Heer der Arbeitslosen eingereiht werden und aus öffentlichen Mitteln, die letzten Endes ja auch wieder von der Wirtschaft aufgebracht werden müssen, unterstützt werden. Das Schlimmste aber ist, daß diese große Zahl von Arbeitslosen ihre Kaufkraft fast vollständig einbüßt und dadurch der Kreislauf der Wirtschaft empfindlich gestört wird.

Also Steigerung der Produktion und Erhöhung der Profitrate einzelner Unternehmer auf der einen Seite, ist das traurige Ergebnis dieser falsch verstandenen Rationalisierung.

Seit

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4 I

Seit Jahren wird von sozialistischer und gewerkschaftlicher Seite, auch von namhaften bürgerlichen Volkswirtschaftlern, auf diese Dinge hingewiesen. Leider ohne Erfolg. Eine Besserung der Verhältnisse ist nur möglich durch eine Erhöhung der Löhne und Gehälter. Sie bewirkt eine Steigerung der Kaufkraft, eine Besserung der Konsumtion und eine Beseitigung der Absatzkrisen. Die weitere Folge ist die Verminderung der Zahl der Erwerbslosen, was einerseits eine weitere Steigerung der Kaufkraft und andererseits eine Verminderung der öffemtlichen Lasten zeitigen wird. Was wir in der heutigen Wirtschaft vermissen, ist die Anerkennung des volkswirtschaftlichen Lehrsatzes von der Notwendigkeit einer Harmonie zwischen dem Sozialprodukt und dem Sozialeinkommen.

Es ist nicht eine Überproduktion, unter der wir leiden, sondern eine Unterkonsumtion.

Unter Wirtschaften versteht man bekanntlich die auf die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse an Sachgütern hinzielende Betätigung. Was ist das aber für eine Wirtschaft, die zwar Güter erzeugt, aber die Möglichkeit ihres Verbrauches außer acht läßt. Auch die Reklame kann diesem Übelstande nicht abhelfen. Die schönsten Schaufensterdekorationen und die kostspieligsten Beleuchtungsanlagen bleiben ohne Wirkung, wenn die Kaufkraft der Konsumenten fehlt. Es fehlt den Verbrauchern nicht an Bedürfnissen, die etwa durch die Reklame geweckt werden müßten, sondern an der Möglichkeit ihrer Befriedigung infolge mangelnder Kaufkraft. Was nützen uns die großartigsten Erfindungen und deren wirtschaftliche Auswertung durch Maßnahmen der Rationalisierung, wenn es Millionen an Volksgenossen hierbei immer schlechter geht. Im Mittelpunkt allen wirtschaftlichen Handelns muß der schaffende Mensch stehen; sein Wohlergehen muß oberstes Leitmotiv bei allen wirtschaftlichen Maßnahmen sein.

Wenn ich mich nun den

<u>besonderen Verhältnissen des Saargebietes</u>

zuwende, so gestatten Sie mir zunächst die Feststellung, daß unsere Arbeitsmarktverhältnisse in der Vergangenheit im Vergleich mit anderen Industriebezirken als verhältnismäßig günstig bezeichnet werden konnten. Die Zahl der Arbeitslosen kam in den Sommermonaten im Durchschnitt nicht über 1500 und in den Wintermonaten (von November bis Februar) selten über 5000 hinaus. An der Zahl der im Saargebiet insgesamt Beschäftigten gemessen, entspricht dies in Prozenten ausgedrückt ungefähr 0,7 bezw. 3 Prozent. Ich führe dies darauf zurück, daß Inflation und Deflation sich nicht in dem Maße wie im Reiche ausgewirkt haben, daß das Reich durch

<u>seine</u>

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4 I

seine Zollstundungen eine Subventionspolitik betrieben hat, daß die Rationalisierungsmaßnahmen hier später als im Reich einsetzten, daß das Lohn- und Gehaltsniveau gegenüber dem Reiche immer zurückgeblieben ist und daß die Regierungskommission durch besondere Maßnahmen die Einreise-und Arbeitsaufnahmemöglichkeiten erschwert hat. In letzter Zeit haben sich die Verhältnisse leider wesentlich verschlechtert. Zu den scharf einschneidenden Rationalisierungsmaßnahmen ist nun auch noch die Absatzkrise im Bergbau getreten. Wenn es nicht gelingt, die Verhältnisse zu ändern, werden wir mit einer dauernden größeren Arbeitslosigkeit zu rechnen haben. Unsere Aufgabe muß es sein, hier mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln einzugreifen, um dem Elend der Erwerbslosigkeit zu steuern. Der französische Staat als Besitzer der Gruben, ist in erster Linie verpflichtet, für eine Besserung des Absatzes Sorge zu tragen. Die Einfuhr englischer Kohle nach Frankreich muß unterbleiben, solange die Saarkohle Absatzschwierigkeiten findet. Aber auch die Reichsregierung muß helfend eingreifen. Der Saarkohle muß der süddeutsche Markt wieder zurückgegeben werden.

Von der Regierungskommission verlangen wir, daß sie nicht teilnahmslos beiseite steht. Die beste Fürsorge für die Erwerbslosen ist die Beschaffung von Arbeit. Hier muß sofort eingegriffen werden.

Wir fordern die Bereitstellung größerer Kredite und die sofortige Inangriffnahme großer Projekte. Seitens der Abteilung für Öffentliche Arbeiten muß Anweisung ergehen, daß das für die nächsten Jahre vorgesehene Straßenbauprogramm und sonstige Bauvorhaben so bald wie möglich in Angriff genommen werden. Die Beschäftigung von Strafgefangenen seitens der Landesstraßenverwaltung muß jetzt aufhören, damit die Erwerbslosen unterkommen. Um die Durchführung von Notstandsarbeiten durch die übrigen öffentlichen Körperschaften zu ermöglichen, ist die

<u>Einführung der produktiven Erwerbslosenfürsorge</u>

in die Wege zu leiten. Das Mindeste, was wir verlangen, ist die Zahlbarmachung des 5/6= Anteils der Landeskasse an der Erwerbslosenunterstützung an die öffentlichen Körperschaften im Falle der Beschäftigung Erwerbsloser bei Notstandsarbeiten.

Aber auch private Hilfeleistung darf nicht fehlen. Baureife Projekte müssen verwirklicht werden. Es wird in letzter Zeit so viel gegen das Eingreifen der „öffentlichen Hand" geschimpft. Dieses Geschimpfe ist unberechtigt, solange die Privatwirtschaft bei dem Vorhandensein eines öffentlichen Notstandes versagt. Jeder Arbeitgeber muß sich verpflichtet fühlen, den letzten Arbeitsplatz zu <u>besetzen</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4 I

besetzen und hierbei die Vermittlung des zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweises in Anspruch zu nehmen.

Ich komme nun zum Schluß und damit auch zu unserem Gutachten über den vorliegenden Verordnungsentwurf.

" Die sozialdemokratische Fraktion stimmt der Vorlage zu unter Einbeziehung der von ihr bei der Kommissionsberatung gestellten Abänderungsanträge. Sie legt hierbei besonderen Wert darauf, zu betonen, daß sie die Vorlage nur als Vorläufer einer baldigen Einführung des Reichsgesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung betrachtet.

Weiter verlangt sie von der Regierungskommission, alle Maßnahmen zu treffen zur Durchführung einer wirksamen Berufseignungsprüfung, Berufsberatung und Berufsausbildung.

Schließlich fordert sie von der Regierungskommission eine sofortige wesentliche Erhöhung der Unterstützungssätze in der Erwerbslosenfürsorge, die bereits beschlossene 30 % ige Erhöhung erachten wir nicht als ausreichend."

(Bravo Rufe der Sozialdemokraten!)

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Reinhard!

Abg. Reinhard (KP): Meine Herren! Die Kommunistische Fraktion hat schon erklären lassen, daß wir unter Berücksichtigung der von uns gestellten Abänderungsanträgen der Vorlage zustimmen,weil sie einen Fortschritt auf dem Wege der Vermittlung von Arbeit darstellt und weil sie den Arbeitslosen weitergehende Rechte einräumt.

Zu der Sache selbst ist es aber notwendig eine Bemerkung zu machen. Schon in der vergangenen Plenarsitzung haben wir als Kommunistische Fraktion Aufschluß darüber gefordert, daß Bürgermeisterämter des Saargebietes, arbeitslose Arbeiter in das Ausland vermittelt. Die Frage ist bis zur Stunde noch nicht beantwortet. Bisher war es so,daß diese Bürgermeisterämter sich auf die Verordnung der Regierungskommission stützten, da sie behaupten, daß ihre Maßnahmen gedeckt würden durch das Ressort des Herrn Minister Koßmann, das in diesen Fällen der Frage vorsteht.

Wir legen schärfsten Protest ein, daß derartige Maßnahmen von Seiten der Regierung durchgeführt werden, wenn es so ist, wie es von den Bürgermeisterämtern betont wird. Die Regierungskommission hat kein Recht,Arbeiter in ein anderes Land zu überweisen, wo nicht die geringsten politischen Rechte für diese Arbeiter festgelegt sind.

Ferner möchten wir bei dieser Gelegenheit mit aller Schärfe dagegen vorgehen, daß man im Saargebiet die Erwerbslosenversicherung einführt. Diese hat mit sich gebracht, daß eine halbe Million Erwerbslosen dauernd ohne Unterstützung sind. Die Staffelung der Sätze dieser Versicherung in 11 Stufen bringt ferner mit sich, daß die große Mehrheit der Versicherten absolut ungenügende Unterstützungen erhält. Außerdem ist es wieder wie bei allen anderen Versicherungsgesetzen, daß es auf Kosten der Arbeiterschaft selbst aufgebaut ist.

Wir fordern vielmehr von der Regierungskommission die Erhöhung der Sätze in der Form,wie ich sie heute morgen vorgetragen habe und zwar rückwirkend ab 1.März,denn dadurch ist es möglich, den Erwerbslosen die Daseinsmöglichkeit zu geben. Wenn Sie sich als Parteien auf die Einführung des Erwerbslosen-Versicherungsgesetzes berufen und sich damit zufrieden geben, daß dieses Gesetz bald eingebracht wird, so bedeutet das für die jetzigen Erwerbslosen eine Vertagung ihrer jammervollen Unterstützung. Jetzt sind die Leute erwerbslos und jetzt muß geholfen werden. Deshalb ersuchen wir die übrigen Parteien, dem Antrag unserer Fraktion zuzustimmen. Wenn Sie auch auf der anderen Seite nicht der Meinung mit uns sind, müssen sie doch im Interesse der Eerwerbslosen hier ebenfalls sich irgendwie festlegen, was die Regierungskommission tun soll, nachdem das von ihnen gewünschte Gesetz noch nicht besteht. Die 30 %, von denen der

Herr

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

108

Herr Staatskommissar gesprochen hat, können wir nicht akzeptieren. Das ist keine Unterstützung, das ist praktisch für die Erwerbslosen nach meinem Dafürhalten eine Verhöhnung. Man kann doch nicht mit einem derartigen Unterstützungssatze leben. Deshalb ersuchen wir den Herrn Präsidenten, über den von uns gestellten Antrag und auch schon vor längerer Zeit bei dem Herrn Koßmann eingereichten Antrag in diesem Hause heute abstimmen zu lassen, damit man die Regierung festlegen kann, damit sie sieht, was eigentlich notwendig ist. Wenn sie sich die Sätze anschauen, die wir beantragt haben, so ist das das Mindeste, was man unbedingt den Arbeitern, die schuldlos erwerbslos geworden sind, geben muß.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Dr. Heim!

Staatskommissar Dr. Heim: Meine Herren! Die von dem Herrn Abgeordneten Reinhard laut gewordenen Befürchtungen, bezüglich der Vermittlung von Arbeit ins Ausland, sind nicht begründet. Es ist Vorsorge getroffen, daß Härten zu vermeiden sind und ein Zwang nicht anzuwenden ist.

(Zuruf des Abg. Reinhard!) Ich habe nicht richtig verstanden!)

Härten sind zu vermeiden und ein Zwang darf nicht ausgeübt werden.

(Zuruf des Abg. Reinhard: Das bedeutet, daß die Bürgermeisterämter immer noch tun können, was sie wollen. Ein generelles Verbot ist also nicht erlassen. Sie sagen, es ist Vorsorge getroffen, daß Härten vermieden werden. Wir fordern aber, daß es verboten ist.

Die Sachlage ist doch jetzt klar und deutlich.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

119

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

Abg. Schmelzer (DSV): Meine Herren! Vorerst einige kurze Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Betz. Er hat mit Recht darauf hingewiesen, daß das Baugewerbe, ein Schlüsselgewerbe, sehr unter dem Einfluß der schlechten Jahreszeit zu leiden habe, und hat gewünscht, daß in der jetzigen Zeit der Arbeitslosigkeit das Bauwesen nach Möglichkeit gefördert werde. Es war mir seinerzeit sehr interessant, was mir zur Zeit der Betreuungsaktion für die Arbeiter ein höherer Beamter eines preußischen Ministeriums, der der Sozialdemokratischen Partei angehört, gesagt hat. Er hatte den Vorschlag gemacht, man möge anstatt dieser Betreuungsaktion, die doch mehr oder weniger verpuffen würde, lieber eine großzügige Aktion in die Wege leiten, um das Bauen im Saargebiet zu fördern. Durch eine großzügige Förderung des Arbeiterwohnungswesens, den Bau von Arbeiterwohnungen hätte man einen doppelten Erfolg. Einmal, würde man die Arbeiter, die Bergarbeiter vorzugsweise, freimachen von der Bevormundung durch ihre Arbeitgeber, zum anderen würde das Baugewerbe als Schlüsselgewerbe belebt.

Herr Betz hat auch darauf hingewiesen, daß es Aufgabe aller sein müßte, die Behörden anzuregen, daß sie ihre Bauarbeiten mehr auf die stille Zeit verlegen. In Wirklichkeit ist es so, daß dann, wenn überall Hochkonjunktur ist, auch die Behörden mit ihren Aufträgen kommen, daß dann Überstunden geleistet werden müssen, um die Fülle der Arbeit zu bewältigen und daß die Leute, die dann beschäftigt werden, nach kurzer Zeit wieder auf der Straße liegen. Ich begrüße die Anregung des Herrn Betz außerordentlich. Aber leider stößt man bei den Behörden in dieser Beziehung auf sehr wenig Gegenliebe und Verständnis. Auf Anregung der Arbeitnehmer im Malergewerbe hat sich die von mir vertretene Arbeitgeberorganisation Anfang des vergangenen Winters mit dem Arbeitsamt der Regierungskommission ins Benehmen gesetzt, um Aufträge von Behörden in verstärktem Maße im Winter zu bekommen. Das Arbeitsamt hat die Sache aufgegriffen und 350 Rundschreiben an alle maßgebenden Stellen der Regierung und an sämtliche Kommunalverwaltungen gelangen lassen. Der Erfolg war absolut Null: nicht ein einziger Auftrag ist auf diese Rundschreiben hin vergeben worden. Es wäre gut, wenn die Parteien sich den Bestrebungen betr. vermehrter Vergebung von Bauarbeiten in der Winterszeit nachhaltig annehmen würden. Im Winter ist eine große Notlage unter den Bauarbeitern vorhanden. Wenn die Sache rechtzeitig angedreht wird, ist vielleicht zu hoffen, daß etwas erreicht wird.

Zur

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4 I

Zur Vorlage selbst kann ich sagen,daß wir ihr im allgemeinen zustimmen. Wir hätten nur den Wunsch, daß der § 22 abgeändert wird, der die Anmeldepflicht offener Arbeitsplätze für Betriebe verlangt, die mindestens 5 Arbeitnehmer beschäftigen,. Wir wünschen ihn dahin abgeändert, daß die Zahl 5 auf 50 erhöht wird. Die Anmeldepflicht für kleine Betriebe, die nur 5 Arbeiter beschäftigen, ist nur eine nutzlose Belastung. Bei den kleinen Betrieben tritt der Bedarf an Arbeitskräften plötzlich auf und muß auch ebenso plötzlich befriedigt werden. Zwar ist in der Kommission schon darauf hingewiesen worden, daß die vorliegende Fassung aus dem deutschen Reichsgesetz übernommen ist, gleichzeitig ist aber auch bemerkt worden, daß in Deutschland die Bestimmung nicht angewandt werde. Wenn die Bestimmung dementsprechend nicht angewandt werden soll, ist es u.E. aber auch überflüssig, sie im Gesetz festzulegen. Die Einführung der Meldepflicht für Betriebe mit 5 Arbeitnehmern ist auch aus dem Grunde abzulehnen, weil bei Nichtbeachtung eine Geldstrafe bis zu 1000 Franken eintreten kann. Das kann zu den größten Härten gegenüber kleinen Leuten führen. Wenn das richtig bedacht wird, ist zu hoffen, daß auch die anderen Parteien sich unserem Antrage anschließen werden.

Dann verweise ich noch auf den § 24. Ich glaube, die anderen Fraktionen haben es übersehen, daß von einer Fraktion beantragt war, den Satz : "soweit die Lage des Arbeitsmarktes es gestattet", zu streichen, und daß im Plenum Stellung zu diesem Antrag genommen werden soll. Wir sind dafür, daß dieser Satz stehen bleibt, und ich bitte, zum mindesten das Zentrum, für diesen Vorschlag mit einzutreten.

Im übrigen stimmen wir der Vorlage zu.

Abg. Hoffmann!

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hoffmann!

Abg. Hoffmann(SP): Meine Herren! Ich möchte noch darauf hinweisen,daß der Herr Staatskommissär sich in der Sache vielleicht nicht ganz klar ausgedrückt hat. Meine Partei hatte seinerzeit dagegen Beschwerde eingelegt, daß man Leute nach Lothringen verwies, und ihnen dann die Erwerbslosenunterstützung versagte. Auf Grund der von uns eingelegten Beschwerde ist uns die Mitteilung zugegangen, daß die Nichtaufnahme einer Arbeit in Lothringen jedenfalls nicht die Einstellung der Erwerbslosenunterstützung nach sich ziehe. der Zustand, wie er damals bestand, ist, wie mitgeteilt worden ist,beseitigt.

(Zuruf des Staatskommissars Dr. Heim: Jawohl, das wollte ich auch sagen !)

Deshalb haben wir auch heute die Frage nicht mehr angeschnitten. Ich möchte aber noch auf eins hinweisen. Es hatten persönliche Besprechungen stattgefunden mit den einzelnen Regierungskommissionsmitgliedern als die Entlassungsmaßnahmen angedroht worden sind. Dabei hatten wir auch darauf hingewiesen, daß unbedingt eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung vorgenommen werden müsse,ungefähr in dem Rahmen, wie sie von Herrn Reinhard beantragt worden ist. Es wurde uns dann entgegengehalten: " Ja, meine Herren, was wollen sie denn, die Kommunisten haben seinerzeit selber nur eine 50 %ige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung beantragt! "

(Hört,hört im Zentrum !)

Das ist uns entgegengegalten worden.

(Zuruf des Abg. Reinhard: Wer hat das gesagt ?)

Wir haben dann erklärt, daß dieser Antrag ja nicht offiziell durchgegangen ist. Aber es ist der Antrag, der auf Anregung der Sozialdemokratischen Partei geändert worden ist. Seinerzeit lag ein kommunistischer Antrag vor,welcher nur eine Erhöhung von 50 % vorsah. Den haben wir natürlich geändert. Wir können es heute verstehen, daß Herr Reinhard natürlich mit ganz anderen Sätzen kommt, um vielleicht eine Wahlrede in dieser Hinsicht zu halten, wenn er von Verhöhnung der Erwerbslosen spricht. Ich sage: der damals von den Kommunisten gestellte Antrag war eine Verhöhnung der Erwerbslosen. Die Sachlage ist doch so, daß die Erwerbslosensätze und Unterstützungssätze keinesfalls ausreichen.

Wir verlangen auch ein Versicherungsrecht, damit das arbeitslose Mitglied einen Anspruch, einen gesetzlichen Anspruch auf die Versicherung bekommt. Nicht, wenn da irgendeine Vermögenslage sich

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

sich ergibt, die nach gewissen Grundsätzen errechnet wird, daß man da einfach die Hilfe der Unterstützung versagt. Wir haben erklärt, daß wir nur der Erhöhung zustimmen, wenn auch die Arbeitgeber gezwungen werden, die gemeldeten Leute oder die vom Arbeitsnachweisamt überwiesenen Leute einstellen. Das habe,wie in der Kommission gesagt wird, Herr Schmelzer abgelehnt. Wenn das nicht erklärt wird, bleiben wir auf dem Kommissionsvorschlag stehen.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Reinhard !

Abg. Reinhard (KP): Meine Herren! Vorerst möchte ich feststellen, daß die Ausführungen des Herrn Hoffmann -gelinde gesagt- unrichtig sind. Die Kommunistische Fraktion hat lange vor der Besprechung, die Herr Hoffmann mit den Stellen der Regierungskommission hatte, der Regierung einen Antrag unterbreitet,den sich Herr Hoffmann bei der Abteilung Koßmann einsehen kann. In diesem Antrag heißt es wörtlich: Wir beantragen, die bestehenden Sätze auf 20.-Franken pro Tag für alle Erwerbslosen zu erhöhen. Dieser Antrag steht hier am 7.Februar in der Arbeiter-Zeitung. Er ist per Einschreiben an die Regierung geschickt worden. Dort kann man sich ihn einsehen. Wer hier Wahlreden hält, scheint Herr Hoffmann zu sein. Die Kommunistische Fraktion hat früher einmal 50 % Erhöhung verlangt. Damals war die Situation eine ganz andere.

(Zuruf der Sozialdemokraten: Das war ungefähr vor 4 Monaten!)

Damals wurde leider diese Forderung von der Regierung nicht im geringsten akzeptiert. Wenn heute der Herr Hoffmann kommt mit diesen Sachen, dann scheint es schon so, daß versucht wird von gewisser Seite Mätzchen hier vorzubringen. Wir begrüßen es, daß die übrigen Parteien unseren Antrag unterstützen, wir sind nicht so kleinlich.

Nun zur Änderung des § 24,die der Herr Schmelzer angeschnitten hat. Wir lehnen im Gegensatz zu der Sozialdemokratie diesen Antrag ab und halten an der Regierungsvorlage fest, die schon bei Betrieben bis zu 5 Arbeitern diese Anmeldepflicht vorsieht. Ich sehe nicht ein, warum man diese Vorlage nicht annehmen soll. Dieser Antrag ist von Seiten der Parteien der Schwerindustrie zu begreifen. Wir können es nicht verstehen,daß die Sozialdemokraten darauf hereingefallen sind.

Vorsitzender

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4

Vorsitzender: Meine Herren! Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst über sämtliche Punkte ab, über die in der Kommission Einstimmigkeit geherrscht hat, ferner über die Abänderungen, die in der Kommission einstimmig erfolgt sind. Die weiteren Änderungen, die vorgeschlagen worden sind seitens des Herrn Abgeordneten Schmelzer, haben die Parteien behandelt und dazu das Wort ergriffen, sodaß ihre Stellungnahme als Gutachten der Parteien anzusehen ist.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kiefer!

Abg. Kiefer(Z): Die Sache ist die, daß wir uns nächstens wieder mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben. Die Regierungskommission kann nichts daran ändern. Das muß eingesetzt werden.

Vorsitzender: Sie betrachten das als die Forderung.

(Zuruf: Ja !)

Damit ist die Vorlage verabschiedet.

Wir kommen zu Punkt 2,3 und 4, die zusammengezogen werden.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Reinhard!

Abg. Reinhard (KP): Herr Präsident, Sie haben vergessen abstimmen zu lassen über die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

(Zuruf des Abg. Kiefer: Das holen wir nachher nach!)

- Glocke des Vorsitzenden-

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Levacher!

Abg. Levacher (Z):

Zu den Fragen gebe ich namens meiner Fraktion und der Fraktion der Deutsch-Saarländischen Volkspartei folgende Erklärung ab.

-Glocke des Vorsitzenden-

Fürchten Sie nicht, daß ich eben so lange rede, wie die Herren vor mir. Die

E r k l ä r u n g

lautet:

Wir lehnen die beiden Entwürfe ab, da sie einen unzulässigen Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen und der Bevölkerung darstellen.

Wir wünschen eine Lösung, die es unter

<u>Wahrung</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4 I

114

Wahrung der berechtigten Interessen ermöglicht, daß nicht nur das Saargebiet lediglich mit elektrischer Energie und mit Gas aus seiner eigenen Kohle beliefert wird, sondern darüber hinaus auch diejenige Ausfuhr von Elektrizität gewährleistet ist, auf die das Saargebiet angewiesen ist. Seine wirtschaftliche Stellung im Rahmen der deutschen Wirtschaft muß unter allen Umständen gewährleistet bleiben."

Abg. Becker

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4 1

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Becker!

Abg. Becker(Z): Meine Herren! Nachdem wir während der jetzt abgelaufenen Legislaturperiode zweimal eine Erhöhung der Umsatzsteuer wider unserem Willen erfahren haben, haben sofort auch die Aktionen eingesetzt, die eine Ausschaltung und Herabsetzung der Umsatzsteuer bringen mußten. Wir sehen es auch schon bei dieser Vorlage wieder,daß bei dem Umsatzsteuergesetz sehr viele Daten angeführt sind: 16.April 1925, 28.April 1926, 27.April 1927, 14.September 1927. An allen diesen Tagen haben wir uns eingehend mit dem Umsatzsteuergesetz befaßt. In den letzten Tagen haben wir uns wieder mit einer Abänderung der Umsatzsteuer befassen müssen. Insbesondere mußte für die landwirtschaftliche Produktion,für Brot,Getreide,Mehl usw. die Umsatzsteuer in Wegfall kommen. Wenn wir uns nun erneut damit beschäftigen müssen, so tun wir das außerordentlich ungern. Wir vergessen nicht unsere Bedenken, die wir immer wieder dagegen gehabt haben, daß Teillösungen gesucht werden. An dem Umsatzsteuer-Gesetz wird immer und immer wieder herum geflickt. Wir befürchten, wenn wir der heutigen Vorlage zustimmen, daß dann die Inangriffnahme der Reform der gesamten Umsatzsteuer verhindert wird. Wir müssen dazu bemerken,daß die Umsatzsteuer ja eine Kriegs-und Inflationssteuer ist. Zu Zeiten sinkender Währung sucht man Steuern, die sich dem gesunkenen Geldwert anpassen,und man weiß,daß man vorübergehend in Deutschland fast nur mit der Umsatzsteuer gearbeitet hat. Gerade in Deutschland war man sich über die Gefahren dieser Steuer klar und man hatte sie zunächst nur befristet bis zum 31.Dezember 1923 eingeführt. Daß aus dieser Frist nichts wurde,steht auf einem anderen Blatt. Es beruht darauf,daß Deutschland durch drückende Kontributionslasten und durch die Inflation gezwungen war, sie als Steuereinnahmen heranzuziehen und neue Finanzquellen zu erschließen. Alle diese Gründe kommen im Saargebiet nicht in Frage. Die Frankeninflation, so drückend sie war, hat nicht dazu geführt, daß unser ganzes Steuer-System verfallen ist, wie das im Reiche war. Im Gegenteil,eine gewisse Revalorisierung des Franken hat dahin geführt, daß die Steuereinnahmen sich wieder erholt haben. Es muß damit gerechnet werden, daß für schlechte Franken, die im Jahre 1926 verdient wurden nach dem dreijährigen Durchschnitt heute in besseren Franken Steuern bezahlt werden müssen. Daß wir eine Kriegskontribution nicht bezahlen müssen, wissen wir auch. Warum brauchen wir also eine besonders drückende und hohe Umsatzsteuer? Es gibt hierfür zwei Lesarten: Als wir vor 2 Jahren bei Herrn Finanz-Minister Morize waren und speziell auf die Umsatzsteuer hingewiesen und um Herabsetzung gebeten haben, hat uns Herr Morize gesagt,das ginge noch nicht.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

A4 1

Eine Zeitlang nach der Inflation müßte man immer noch die Möglichkeit haben, sich mit der Umsatzsteuer zu behelfen. Man müsse sie also noch beibehalten. Es sind eineinhalb Jahre seitdem vergangen. Abgesehen davon, daß sich die Verhältnisse im Saargebiet nicht vergleichen lassen mit den Verhältnissen im Reich, waren im Saargebiet nicht alle Steuerquellen verfallen. Die zweite Lesart heißt einfach: Die Regierungskommission ist immer noch in so großer Abhängigkeit von Frankreich, daß sie eine Umsatzsteuer beibehalten muß, weil Frankreich das wünscht.

(Zurufe: Sehr richtig !)

In Frankreich hat man immer Angst, daß es dem Saargebiet besser gehen könnte wie Frankreich selbst. Die Beziehungen zwischen Frankreich und dem Saargebiet werden durch einen kleinlichen Konkurrenzneid stets vergiftet. Das vor einigen Tagen abgeschlossene Saar-Abkommen ist eine deutliche Illustration dieser Behauptung. Die Wirkung der Umsatzsteuer ist außerordentlich unsozial. Derjenige, der ein niedriges Einkommen hat und dieses niedrige Einkommen ganz verbraucht, bezahlt von seinem ganzen Verbrauch Umsatzsteuer. Wer ein höheres Einkommen und damit die Möglichkeit hat, einen Teil seines Vermögens zurückzulegen, braucht nur von dem Teil Umsatzsteuer zu zahlen, den er verbraucht. Die preissteigernde Wirkung der Umsatzsteuer besteht darin, daß die Kosten der Lebenshaltung nach oben getrieben werden und daß da durch die Konkurrenzfähigkeit beeinflußt wird. Dieses Wort hat der deutsche Finanzminister Reinholdt vor einiger Zeit im Reich gebraucht, als er eine Herabsetzung der Umsatzsteuer beantragte. Im Saargebiet kommt dazu, daß wir auf viele Gegenstände, die wir aus irgendwelchen Gründen einführen müssen, noch die hohen französischen Zölle zu bezahlen haben. Wir müssen für diese Gegenstände noch außerdem eine Einfuhr-Umsatzsteuer bezahlen von 2 %. Zu dieser Einfuhr-Umsatzsteuer kommt eine Umsatzsteuer von je 1,6 % beim Großhändler und Einzelhändler. Zusammen sind es 5,2 %, um die die Waren allein durch die Umsatzsteuer verteuert werden. Das ist ein unerträglicher Zustand. Trotzdem bringt bei uns im Saargebiet auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet die Umsatzsteuer, obwohl sie doppelt so hoch ist wie im Reich, lange nicht so viel ein wie die Umsatzsteuer im Reich. Das liegt zum großen Teil daran, daß ein großer Teil unserer Industrie Export-Industrie ist und der Export bei uns nicht zur Umsatzsteuer herangezogen wird. Dadurch muß sich auch im Saargebiet diese Umsatzsteuer ganz besonders konsumentenfeindlich und mittelstandsfeindlich auswirken. Es ist für den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand kaum möglich, die Umsatzsteuer abzuwälzen, er muß vielmehr einen großen Teil der Umsatzsteuer aus seiner eigenen Tasche bezahlen. Er erleidet dadurch eine

<u>starke</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

starke Minderung seines Einkommens. Daß dieser Mittelstand im Saargebiet - über die Lage der Arbeiterschaft haben wir heute morgen schon gesprochen- nicht auf Rosen gebettet ist, brauche ich nicht besonders zu betonen.

Bei einer gerechten Heranziehung der französischen Bergwerksdirektion gemäß dem klaren Wortlaut des Versailler Vertrages, wäre es möglich gewesen, die Umsatzsteuer beinahe gänzlich abzubauen. Bei dieser Gelegenheit würde es uns interessieren, von der Regierungskommission zu erfahren, welches neue Abkommen sie mit Frankreich über die Steuerleistung der Gruben getroffen hat. Das Abkommen ist bereits am 1. April v.J. gekündigt worden und soviel mir bekannt ist, muß am 1.April ds.Js. das neue Abkommen in Kraft treten. Ich hoffe, daß die Regierungskommission inzwischen dem Versailler Vertrag Geltung verschafft hat, denn ich kann nicht annehmen, daß die Regierungskommission inzwischen weiter duldet, daß der Versailler Vertrag stets zu Frankreichs Gunsten verletzt und nur dann angewandt wird, wenn er gegen unsere Interessen ist. Wir glauben, daß die Umsatzsteuer auch deshalb abgebaut werden kann, weil die Zolleinnahmen infolge des deutsch-französischen Wirtschaftsvertrages eine Erhöhung erfahren haben und weil durch diese Zölle indirekte Steuern genug aus dem Saargebiet herausgezogen werden.

Es würde uns auch in teressieren, mit welchen Zolleinnahmen wir rechnen können. Wir sind dem Herrn Präsidenten der Regierungskommission- denn seiner Initiative ist es ja wohl zu verdanken- dankbar, daß er uns in diesem Jahre zum ersten Male einen Ist= Haushalt vorgelegt hat. Ich möchte ihn bitten, im nächsten Haushaltplan näher anzuführen, welche Erhebungskosten die Zolleinnahmen verursachen. Es ist ja allgemein üblich,daß man bei derartigen Einnahmen die Gesamt-Einnahmen angibt und nicht nur den Saldo einsetzt. Wir hoffen,daß in dieser Beziehung die Aufstellung etwas klarer und deutlicher gegeben wird.

Einige Klagen über die Umsatzsteuer führe ich nur deshalb an, damit sie in einem neuen Umsatzsteuergesetz,das die Regierungskommission hoffentlich als erste Vorlage dem neuen Landesrat zugehen lassen wird,berücksichtigt werden können. Es liegen Klagen von Annoncen-Expeditionen vor, bei denen der Gesamtbetrag des Umsatzes,also die vereinnahmte Gebühr für Anoncen umsatzsteuerpflichtig gemacht wird. Der Prozentsatz der Provision ist aber im Verhältnis zur Gesamtsumme so niedrig, daß man unmöglich die Gesamtsumme umsatzsteuerpflichtig machen kann. Ähnlich liegen auch die Verhältnisse bei anderen Handelszweigen,insbesondere beim Lebensmittelgroßhandel, von dem man verlangt, daß er von seiner Bruttoverdienstsumme von 5 - 10 % allein 1,6 % Umsatzsteuer bezahlen soll. Die Landwirtschaft, die im allgemeinen ja

<u>umsatzsteuerfrei</u>

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

umsatzsteuerfrei ist, führt Klage darüber, daß für die auf dem Halm verkaufte Frucht, wenn sie in der üblichen Weise versteigert wird, Umsatzsteuer entrichtet werden muß. Wie gesagt, wir bitten die Regierungskommission, diese Klagen bei einer neuen baldigen Vorlage zu berücksichtigen.

Zur Vorlage selbst bemerken wir, daß wir nur zustimmen in der Erwartung, daß ein gründlicher Abbau der Umsatzsteuer nicht hinausgeschoben wird.

(Bravo- Rufe !)

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Dr. Heim!

Staatskommissar Dr. Heim: Meine Herren! Ich muß den Vorwurf, die Regierungskommission würde den Friedensvertrag zum Nachteil der Saarbevölkerung auslegen, entschieden zurückweisen.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Petri!

Abg. Petri (SP): Meine Herren! Die Vorlage über die

Elektrizitätswirtschaft im Saargebiet

will einen Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Kommunen. Wohl ist es richtig,daß man gegen die Absichten des R.W.E. ankämpfen muß. Den Gemeinden, in die bis jetzt das R.W.E. versucht hat, einzudringen, ist anzuraten, doch in sachliche Gegenüberstellung der beiden bestehenden Elektrogesellschaften, R.W.E. und S.L.E. einzutreten. Kein Gemeinderat oder eine sonstige Körperschaft des Saargebietes kann dem R.W.E. den Vorzug geben, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse in erster Linie Beachtung finden. In Betracht kommt besonders, daß die Elektrowirtschaft überwiegend auf der Saarkohle aufgebaut ist. Das Heranziehen des R.W.E. in dem Saargebiet bedeutet also, dem Saargebiet den Lebensnerv abschneiden. Der Verbrauch von 7 Millionen Kilowattstunden jährlich im Saargebiet erfordert eine Förderung von 700 000 Tonnen Kohlen. Das sind 6 % der Saarförderung. Das Wohl und Wehe des Saargebietes hängt von dem Stande des Saarbergbaues ab. Daß nun unverantwortliche Personen in den Kommunen des Saargebietes dazu übergehen können, diese wichtige Frage außer Acht zu lassen, ist uns nicht verständlich. Dazu kommt noch, daß das R.W.E. in Essen im Rheinland - Westfalen seinen Sitz hat und im Saargebiet keinen Steuertribut leistet.

(Zuruf des Staatskommissars Dr.Heim: Das stimmt nicht !)

Stimmt das nicht ? Wenn ich unrichtig informiert sein sollte, so will ich das gern, wenn man mich richtig informiert,berichtigen. Zunächst habe ich meine Informationen auf Unterlagen aufgebaut, die ich auch hier zum Ausdruck bringen möchte. Erfreulicherweise hat die preußische Regierung noch zur rechten Zeit zum Vordringen des R.W.E. in den Versorgungsradius des Saargebietes eine entscheidende Stellungnahme eingenommen. Dieser Hinweis müßte auch den Gemeinderäten des Saargebietes genügen, aus eigenem Antrieb zu handeln, und ihren Strom aus der Saarkohle oder aus der Elektrogesellschaft, die hier besteht,zu beziehen, weil wir dies von dem gesunden Sinn der Saarbevölkerung, der Gemeinderäte und anderer Vertreter erwarten. Deshalb lehnen wir die Vorlage ab, weil sie das Selbstbestimmungsrecht der Kommunen anfaßt.

--

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

Die Vorlage der

Ferngasversorgung

ist in ähnlichem Sinne zu bewerten. Sie ist eine Angelegenheit der Kommunen und der Industrie des Saargebietes, und muß ebenfalls ihre Basis auf der Saarkohle haben. Die Saarkohle ist mit die beste, welche sich zur Gaserzeugung eignet. Es besteht keine Ursache, von außerhalb des Saargebietes Gas oder Gaskohle zu beziehen. Wir sind der Meinung, daß dieses Problem ohne zwangsläufiges Gesetz von den Interessenten der Kommunen und der Industrie, sei es des Bergbaues oder der Hüttenwerke, im Interesse der Saarwirtschaft gelöst wird. Deshalb lehnen wir auch diese Vorlage ab.

Der Vorlage über die

Umsatzsteuer

d.h. betr. Ermäßigung der Umsatzsteuer für Kohlen aus Deutschland, stimmen wir zu. Wir verlangen,daß dieselbe Ermäßigung auf alle anderen Waren,die aus Deutschland bezogen werden, eingeführt wird. Die Ermäßigung der Umsatzsteuer darf jedoch kein Anlaß sein, mehr Kohlenmengen aus Deutschland zu beziehen, als wie unbedingt zur Kokserzeugung erforderlich sind. Die Einfuhr beträgt jetzt schon einschließlich Kohlen, Koks und Briketts, 280 000 Tonnen jährlich, gegenüber einer Ausfuhr nach Deutschland von über 900 000 Tonnen. Das Saargebiet als urwüchsiges Bergbaugebiet kann naturgemäß nicht als Absatzmarkt anderer Bergbaugebiete gelten, weil dies auf Kosten der Bergarbeiter und ihrer Familien geht. Wir sind nicht davon überzeugt, daß die Kokserzeugung nicht aus der Saarkohle ausschließlich erfolgen kann. Herr Röchling, das bitte ich etwas zu beachten,das ist für Sie! Auf der Tagung der Französisch-Saarländischen Handelskammer hat der Generaldirektor der Saargruben, Herr Defline, erklärt, daß die Mischung von reiner Saarkohle einen Koks erzeuge, der auch für die Hüttenindustrie des Saargebietes verwendet werden könnte. Das bedauerliche Unglück auf dem Völklinger Eisenwerk soll darauf zurückzuführen sein, daß Mischkoks von Ruhr-und Saarkohle Verwendung fand, und zwar probeweise, während in allen anderen Hochofenbetrieben des Saargebietes diese Verwendung bisher nicht stattgefunden hat, und auch diese anderen Hochöfen von derartigen Unglücksfällen verschont geblieben sind. Dies ist ein Beweis, daß die Einfuhr von Ruhrkohle begrenzt und eingeschränkt werden kann, daß besonders die Kokserzeugung auf die reine Saarkohle gelegt werden kann. Der Hauptgrund aus dem Ruhrgebiet Kohlen, d.h. Kohlengrieß einzuführen, soll in der Preislage sein, in dem dieser billige Kohlengrieß vom Ruhrgebiet dazu dienen soll, die Rentabilität der Saarhütten zu gewährleisten. Inwiefern das zutrifft, dafür bin

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

ich nicht genügend informiert. Es soll auch Tatsache sein, daß im Saargebiet nicht genügend von diesem minderwertigen Kohlengrieß zu beziehen ist. Aber die Frage ist doch aufzuwerfen, ob nach den hohen Transportkosten, die der Ruhrkohlen grieß hierher zu befördern kostet, nicht doch eine andere Kohlensorte nach dem Grieß billiger ist aus dem Saargebiet, als gegenüber dem Ruhrkohlengrieß. Wir möchten im Interesse des Saarbergbaues und seiner Arbeiter hier diese Frage speziell in Erscheinung treten lassen. Wir möchten die Interessenten, die Hüttenwerksbesitzer darauf aufmerksam machen, daß es doch lediglich auch für die Zukunftsfrage des Saargebietes gelten muß, ihren Koks nach diesen bestehenden Saarmischungen zu bereiten und dementsprechend auch die Verfahren zu sichern. Es wird immerhin für die Zukunft von eminenter Bedeutung sein, alle diese Quellen und diese Absatzgebiete für das Saargebiet aufrechtzuerhalten, zu verbessern, um dadurch die Kohlenproduktion im Saargebiet in ihrer heutigen Höhe auch bei uns unterzubringen und die Arbeiter in ihrer heutigen Anzahl weiter zu beschäftigen. Soweit ich informiert bin, besteht in Heinitz eine Mischanlage von einer solchen großen Ausdehnung und von einer solchen großen Produktionsmöglichkeit, daß die heutige Koksproduktion bedeutend überschritten werden kann, wenn auf der anderen Seite etwas mehr zurückgehalten wird, die Kokskohle aus dem Ruhrgebiet zu beziehen. Wir appellieren deshalb an alle zuständigen Faktoren, die dafür infrage kommen, besonders an die Hüttenwerke, mehr Augenmerk darauf zu legen, nicht irgendwie aus politischen Motiven eine Sabotage der Saarkohle in die Wege zu leiten, sondern aus den Zukunftserwartungen hier eine Basis zu schaffen, daß die Saarkohle auch in jeder Beziehung ihre Berücksichtigung findet, und alle die Stellen mitarbeiten, daß wir vor weiteren Krisen im Saargebiet verschont bleiben.

(Bravorufe ! der Sozialdemokraten.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommssar Dr. Heim!

Staatskommissar Dr. Heim: Meine Herren! Die Verwendung dieser Ruhrkohle für Koks ist verhältnismäßig sehr gering. Die jährliche Einfuhr beträgt ungefähr 150 bis 170 000 Tonnen.

Abg. Heinhard!

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Reinhard!

Abg. Reinhard (KP): Meine Herren! Nach unserem Dafürhalten wäre es die höchste Zeit, daß die Regierungskommission einmal eine Novelle vorlegen würde, die die gesamte Umsatzsteuerfrage behandelt. Deshalb behandelt, weil diese Frage unhaltbar geworden ist hier im Saargebiet. Auf der einen Seite betonen die Gewerbetreibenden, daß sie durch diese Umsatzsteuerart, wie wir sie haben in einer Höhe von 1 1/2 % die von ihnen bezogenen Waren durch den verschiedenen Umsatz mehrfach versteuern müssen. Die Tatsache besteht auch. Es liegen dem Landesrat diesbezüglich eine ganze Reihe Eingaben vor von verschiedenen Interessengruppen. Aber das ist für uns als Fraktion nicht das Entscheidende. Für uns ist entscheidend, daß durch die Umsatzsteuer die breiten Massen praktisch besteuert werden, deshalb besteuert werden, weil die einzelnen Gewerbe diese Umsatzsteuer praktisch auf die Konsumenten abwälzen. Wir fordern deshalb nach wie vor die restlose Beseitigung der Umsatzsteuer. Diese Vorlage müssen wir deshalb ablehnen,weil sie ja wieder eine Umsatzsteuer vorsieht. Außerdem ist das, was hier der Herr Petri gesagt hat,auch unsere Auffassung in der Frage. Wir haben uns schon in der Kommissionssitzung darüber unterhalten. Ich glaube,das ist der Grund, weshalb Herr Röchling, den die Sache ja angeht, hier,als Herr Petri die Frage anschnitt, das Plenum verlassen hat. Es wäre einmal interessant zu hören von einem praktischen Hüttenmann, wie der Herr Röchling sich bezeichnet hat in der Saarbrücker Zeitung, wie er über diese Frage denkt. In Wirklichkeit ist es doch so, daß das zutrifft, daß die Kapitalisten ihre Ware dort kaufen, wo sie am billigsten ist. Auch die gesamte Besteuerung des Saargebietes ist von uns schon sehr oft genügend gekennzeichnet worden.

Nun zu den beiden anderen Vorlagen, die

<u>Regelung der Ferngasversorgung und der Elektrizitätswirtschaft.</u>

Dazu muß ebenfalls festgestellt werden, daß der Interessenkampf, der sich hier abspielt um den Absatzmarkt des Stromes von verschiedenen kapitalistischen Konzernen in vielen Fragen nach unserem Dafürhalten von den Kommunen unterstützt wird. Auf der einen Seite stehen doch hier die elektrischen Betriebe der Bergwerksverwaltung, der Firma Röchling u.a. auch ein kommunaler Betrieb in Saarlouis. Auf der anderen Seite sind es die Betriebe der Vereinigten Westfälischen Elektrizitätsgesellschaft, die sich hier um den Absatz streiten. Die neugegründete Vertriebsgesellschaft S.L.E. ist praktisch hier nicht eine

<u>Gesellschaft</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Gesellschaft, die kommunalen Strom vertreibt, sondern eine Gesellschaft, die kapitalistischen Strom vertreibt. Der Herr Röchling hat es sehr gut verstanden, unter Ausnutzung der Kommune seine Interessen wahrzunehmen. Wenn wir Kommunisten in dieser Frage für die S.L.E. eintreten, so nur unter bestimmten Voraussetzungen.

Erstens fordern wir, daß der Strom in erster Linie aus dem Kreiskommunalkraftwerk Saarlouis bezogen werden muß, dann, daß sofort der Kampf gegen dieses Kraftwerk eingestellt werden muß, der von Seiten der S.L.E. geführt wird mit dem Ziele, dieses Kraftwerk dem Kraftwerk in Wehrden anzuschließen. Wir fordern deshalb, weil wir als Kommunisten grundsätzlich für die Kommunalisierung der gesamten Elektrizitätswirtschaft eintreten. Ferner fordern wir, daß die Strompreise für die werktätige Bevölkerung unbedingt ermäßigt werden. Die Unterlagen sind vorhanden, daß z.B. der Strom der S.L.E. aus dem Kraftwerk Wehrden ungeheuere Profite abwerfen muß auf Grund der festgestellten Produktionskosten zur Erzeugung dieses Stromes. Es steht ferner fest, daß die Firma Röchling aus diesem Werk viele tausende von Kilowatt pro Jahr umsonst bezieht. Wir wenden uns dagegen, daß diese kommunale Gesellschaft S.L.E. heute von Kapitalisten dazu ausgenützt wird, ihre Profite zu sichern. Das ist auch nach unserer Meinung das Bestreben der Bergwerksdirektion und der gemischtwirtschaftlichen Aktiengesellschaft des Kraftwerkes Wehrden. Und das hat nach unserer Meinung dazu geführt, daß die Regierungskommission diese beiden Verordnungen vorgelegt hat. Wir wissen auch, daß diese vorgelegten Novellen hier Gesetz werden. Wir wissen genau so gut wie die übrigen Fraktionen, daß sie Gesetz werden. Auch dann, wenn sie einstimmig abgelehnt werden. Die übrigen Fraktionen aber werden der Regierung in dieser Frage die Möglichkeit geben, diese Verordnungen zu erlassen, weil sie der Regierung nach wie vor das Vertrauen geben. Gewiß, Sie werden gegenüber den Kommunen sagen, wir sind nicht schuld, wir haben das Gesetz abgelehnt. Aber der Versailler Vertrag sagt uns, daß die Regierung nicht danach zu fragen braucht, sondern sie braucht Sie nur zu hören. Wenn die übrigen Parteien die Inkraftsetzung dieser Verordnung nicht wünschten, dann würde sie genau so handeln wie in der Aufwertungsvorlage. Weil Sie sich vor den Wahlen nicht entscheiden wollen, deshalb wird die Vorlage [illegible] nicht verabschiedet, da sie wissen, daß die Vorlage nach der Verabschiedung Gesetz wird. Unsere Fraktion protestiert auf das schärfste gegen diese beiden Vorlagen. Erstens einmal deshalb, weil, wie ich schon bewiesen habe, dadurch nur die Wege geebnet werden, um die bestehenden kommunalen Kraftwerke für die Kapitalisten auszunützen. Es steckt nichts dahinter,

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

wie privatkapitalistische Bestrebungen. Besonders interessiert ist auch die Bergwerksverwaltung. Und deshalb sind diese Vorlagen zweifellos geboren worden, um zu einem Schlag gegen die Kommunen werden zu können.

Wir müssen deshalb die Vorlagen ablehnen, und wir protestieren dagegen, daß die Regierung hier überhaupt im Interesse einer Kapitalistengruppe versucht, die Kommunen unmöglich zu machen.

- Glocke des Vorsitzenden-

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

Abg. Schmelzer (DSV): Wir stimmen der Vorlage zu,was nicht bedeuten soll, daß wir ein Freund der Umsatzsteuer sind.

Vorsitzender: Meine Herren! Die Abstimmung über die Vorlagen 2 und 3 ergibt also eine einstimmige Ablehnung.

Wir haben nun abzustimmen über die Vorlage 4 betr. Umsatzsteuer. Wer für die Vorlage ist, möge die Hand erheben. Mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Wir kommen nun zu Punkt 5 der Tagesordnung betr.:

<u>Abänderung des § 4 der Kreisordnung.</u>

Das Wort hierzu hat Herr Abgeordneter Gärtner!

Abg. Gärtner (Z): Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit will ich mich kurz fassen. Die Anregungen des Landesrates sind erfreulicherweise von dem Kreise Ottweiler und der Stadt Neunkirchen gut aufgenommen worden, die dahin gingen, daß eine gütliche Vereinbarung gesucht werden solle. Inzwischen haben die Verhandlungen zum Abschluß eines Vertrages geführt, der eine starke finanzielle Bindung enthält. Das zum Ausdruck gebrachte gegenseitige Verständnis wird der Boden sein, auf dem die kommunalen Interessen beiderseits am besten geregelt sein werden. Die Zentrumsfraktion begrüßt diesen Geist, kann aber nicht umhin, die Vorlage abzulehnen.

<u>Abg. Petri:</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Petri!

Abg. Petri (SP): Meine Herren! Die Vorlage ist nach der Verständigung zwischen dem Kreise Ottweiler und der Stadt Neunkirchen als überflüssig anzusehen. Wozu noch ein Gesetz erlassen, wenn die beiden Faktoren nun einig geworden sind. Die Befürchtung, daß Ottweiler nicht mehr existenzfähig sei, wenn die Stadt Neunkirchen ausscheidet, ist hinfällig geworden, nach dem Vertrag der zustande gekommen ist und nach dem die Stadt Neunkirchen sich bereit erklärt hat, in solchen Teilen die Belastung zu übernehmen, die sie bisher dem Kreis gegenüber übernommen hatte, so die Unterhaltung der Kreisstraßen, die Übernahme von Personal, einmalige Entschädigung von 1,2 Millionen Mark für den Unterhalt der Straßen, dies gibt eine Gewähr. Das besagt auch die Resolution, die der Kreistag in seiner Sitzung angenommen hat:

> " Ausgehend von der Annahme, daß die zuständigen Stellen trotz aller Bedenken, welche die Nichtneunkirchener Mitglieder des Kreistages und die Kreisverwaltung hegen, dem Antrage der Stadt Neunkirchen auf Ausscheidung aus dem Kreise zustimmen werden, bittet der Kreistag, daß der für den Kreis Ottweiler daraus erwachsenden schwierigen Lage Rechnung getragen wird und alle Maßnahmen vorgesehen werden, die erforderlich sind, um den Kreis lebensfähig zu erhalten. Der von Kreis=und Stadtverwaltung aufgestellte und von der Stadtverordnetenversammlung Neunkirchen inzwischen angenommene Ausscheidungsvertrag kann als ein für die nächsten Jahre ausreichendes Mittel zu diesem Zwecke angesehen werden. Mit diesem Vorbehalt stimmt der Kreistag den im Ausscheidungsvertrag vorgesehenen Bestimmungen für den Fall der Ausscheidung der Stadt Neunkirchen zu."

Aufgrund dessen ist die Vorlage hinfällig und wir lehnen die Vorlage ab.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Reinhard!

Abg. Reinhard (KP): Meine Herren! Ich habe schon in der Kommission darauf hingewiesen, daß die kommunistische Fraktion diese Vorlage ablehnt, daß sie aber außerdem bei dieser Gelegenheit nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß der verbleibende Restkreis Ottweiler nicht mehr in der Lage ist, ohne Erhöhung der Steuern über das jetzige Niveau hinaus zu existieren. Aus diesem Grunde stehen . Aus diesem Grunde steht unsere Fraktion auf dem Standpunkt, daß unbedingt von Seiten der Kreiseingesessenen von Ottweiler und St.Wendel

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 7 A4

St. Wendel dahingehend gewirkt werden muß, daß eine Verschmelzung durchgeführt wird, weil damit die Einsparung eines gesamten Verwaltungskörpers möglich ist. Wir glauben, daß das die einzige Möglichkeit ist, um dort eine Erhöhung der Steuern für die Zukunft verhindern zu können. Aus diesem Grunde lehnen wir die Vorlage ab. Wir werden nach wie vor darauf sehen, daß die beiden Kreise zu einem einheitlichen Kreise zusammengeführt werden.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hoffmann!

Abg. Hoffmann(SP): Ich hätte noch etwas zu sagen. Es liegt uns ein Antrag von einer Sozialrentner-Vereinigung betr. Steuer-Ermäßigung für Sozialrentner vor. Ich kann darauf hinweisen, daß wir seinerzeit im Landesrat zu der Frage Stellung genommen haben und einen Antrag einbrachten. Wir unterstützen diesen Antrag, bedauern jedoch, daß die Antragsteller die Verhältnisse nicht einmal kennen. Nach den jetzigen Verhältnissen muß ein Knappschaftsinvalide, wenn er 30 Jahre aufweisen kann, von dem Betrag von 2446.-Franken seiner Pension Steuern zahlen. Er zahlt 140,76 Franken Jahressteuer bei 6 %. Das scheint jedoch untragbar zu sein, sodaß wir die Tendenz des Antrages unterstützen.

Vorsitzender:Wegen dem Aufwertungsgesetz möchte ich noch eine Aufklärung geben. Wie Ihnen bekannt,ist die Vorlage am 24.Februar dem Büro des Landesrates zugegangen. Sie ging dann am gleichen Tage den Mitgliedern zu. Nach Rücksprache mit den Parteien ist bereits am 3.Februar zu einer ersten Kommissionssitzung auf den 8.Februar eingeladen worden. Am 10. Februar wurde zu einer zweiten Kommissions-Sitzung auf den 15.Februar eingeladen. In dieser Sitzung wurden eine Reihe sehr wichtiger Anfragen an die Regierungskommission gerichtet, auf welche die Antworten erst am 28.Februar eingegangen sind. Am 29.Februar wurden diese den Mitgliedern des Landesrates zugestellt. Ich werde im Laufe dieser Woche mit den Parteien Rücksprache nehmen, um den Termin einer neuen Kommissions-Sitzung festzulegen.

Ich schließe hiermit die Sitzung.

Schluß 1 Uhr 35 Minuten.

- o 0 o -

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 7
A4